

Holzarbeiter

Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis 50 Pf. im Monat. Insetrate nach Tarif. Arbeitsvermittlungen 50 Pf., Verbandsanzeigen 30 Pf. die sechsgespaltene Millimeterzelle. Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Am Kölnischen Park 2. Fernruf F7 (Jannowitz) 6246.

Nr. 29

Berlin, den 18. Juli 1931

39. Jahrgang

Hoover-Plan und Notverordnung

Die Botschaft, die der amerikanische Präsident Hoover am 21. Juni an die Welt richtete, um ein Feierjahr für die Zahlung der Reparationsschulden zu verkünden, war nicht der Ausfluss reiner Menschenliebe; in der Politik wie in der Wirtschaft spielt das christliche Gebot der Nächstenliebe keine Rolle, am allerwenigsten dort, wo man darauf bedacht ist, den eigenen Tugenden hohe Loblieder zu singen. Die Weltwirtschaftskrise hat ihre düsteren Schatten auch auf das Dollarland geworfen; um sie zu bekämpfen, muss der Herd des Übels, nämlich Deutschlands Finanznot, ausgeräumt werden. Das war der Anlass für Hoovers Vorgehen. Aber es kommt für uns nicht auf das auslösende Moment an, die Tat und ihre Folgen sind entscheidend.

Hoovers Botschaft war für Deutschland die Hilfe in höchster Not. Die Auswirkung der schweren Krise, die so hart auf der deutschen Arbeiterschaft lastet, hat das Gefühl für die drohende Gefahr abgestumpft. So mancher ist leicht geneigt zu glauben, dass es schlimmer nicht werden könne. Aber tatsächlich könnte es noch viel schlimmer kommen. Wenn die öffentlichen Kassen ihre Zahlungen einstellen müssen, wenn die Beamten kein Gehalt, die Arbeitslosen, die Sozialrentner usw. keine Unterstützung erhalten können; wenn die noch beschäftigten Betriebe ihre Pforten schliessen müssen, weil das Geld fehlt, um die Löhne zu zahlen, dann bedeutet das das Chaos.

Die Auflösung der bürgerlichen Ordnung wird von den Extremen rechts und links als erstrebenswertes Ziel betrachtet. Die Kommunisten erwarten davon den Sieg ihrer Idee; auf den Trümmern des bürgerlichen Staates gedenken sie die bolschewistische Diktatur zu errichten. Man braucht sich keine Gedanken darüber zu machen, ob die Herbeiführung russischer Zustände in Deutschland wünschenswert ist, denn viel näher als die Gefahr des Bolschewismus ist die der faschistischen Diktatur. Die Gefahr, in der sich Deutschland befindet, wird treffend gekennzeichnet durch die Worte, mit denen der Naziführer Dr. Goebbels in seinem „Angriff“ der Enttäuschung über das Eingreifen des Präsidenten Hoover Ausdruck gab:

„Noch ein paar Tage, dann hätte die Frage gelautet: Soll Deutschland und mit ihm der gesamte mittel- und westeuropäische Raum im bolschewistischen Chaos versinken oder bietet sich in der Machtübernahme durch die NSDAP. eine letzte Möglichkeit, das Ausland vor klare Entscheidung zu stellen. Diese hoffnungsvollen Aussichten sind für den Augenblick zweifellos vernichtet.“

Die Börse hat Hoovers Botschaft mit grosser Freude begrüsst, die sich in

einem sprunghaften Steigen der Aktienkurse äusserte. Aber sehr schnell kam der Katzenjammer. Frankreich, Deutschlands Hauptgläubiger, machte Schwierigkeiten. Endlos zogen sich die Pariser Verhandlungen zwischen den Vertretern Amerikas und Frankreichs hin. Die eben gestiegenen Börsenkurse gingen zurück, und was noch viel schlimmer war, der Abzug von Devisen, den die Reichsbank durch die Erhöhung des Diskonts von 5 auf 7 Prozent und durch die strengere Prüfung der Kreditgesuche zu hemmen gesucht hatte, nahm seinen Fortgang. Wieder gestaltete sich die Situation höchst bedrohlich, als endlich am 7. Juli die Nachricht von der in Paris erfolgten Einigung kam.

Auf die Einzelheiten des Hooverschen Finanzplanes und die Fassung, die er in den Pariser Verhandlungen erhalten hat, braucht hier nicht näher eingegangen zu werden. Das Wichtigste ist, dass Deutschland durch die gewährte Stundung von der Verpflichtung befreit ist, in dem am 1. Juli begonnenen Jahr etwa 1500 Millionen Mark an seine ausländischen Schuldner zu zahlen. Die gestundeten Summen sollen aber verzinst und vom 1. Juli 1933 an in zehn Jahresraten getilgt werden. Schon in der nächsten Zeit wird eine von der englischen Regierung einberufene internationale Konferenz zusammentreten, und vermutlich werden ihr weitere folgen, die sich mit dem Young-Plan beschäftigen. Es steht zu erwarten, dass dieser Plan eine Abänderung zugunsten Deutschlands erfährt. Doch wird man gut tun, die Hoffnung auf das Ergebnis dieser Konferenzen nicht zu hoch zu spannen.

Die 1 1/2 Milliarden, die durch das Feierjahr der deutschen Wirtschaft erhalten bleiben, sind eine riesige Summe, aber sie reicht bei weitem nicht aus, um die finanziellen Schwierigkeiten Deutschlands mit einem Schlage zu beseitigen. Auf mehr als 3 Milliarden wird die Summe geschätzt, die im letzten Jahre ins Ausland abgewandert ist. Das ist die Strafe, die das deutsche Volk für den 14. September 1930 zu zahlen hatte. Durch das Anwachsen der kommunistischen und erst recht der nationalsozialistischen Stimmen ist das Vertrauen des Auslandes zu Deutschlands ruhiger Fortentwicklung erschüttert worden. Während in den Nachbarländern, in Frankreich, der Schweiz, Holland, besonders auch in Amerika, ein Goldüberfluss besteht, so dass die Banken Kapitalien zu niedrigstem Zinssatz ausleihen, werden für Gelder, die nach Deutschland gehen, sehr hohe Zinsen berechnet.

Das ist die Risikoprämie des Kapitals. Es traut dem Frieden in Deutschland nicht, und deshalb werden die Darlehen nur kurzfristig gewährt. Das

Treiben der Kommunisten und Nationalsozialisten, deren Bürgerkriegsvorbereitungen, die unaufhörlichen Saal- und Strassenschlachten, die nur zu oft blutige Opfer fordern, säbelrasselnde Reden ehemaliger Offiziere, provokatorische Soldatenspielerien, wie der Aufmarsch des Stahlhelms in Breslau, all diese Dinge werden im Ausland aufmerksam verfolgt. Man zweifelt an Deutschlands Friedensliebe und rechnet mit dem Ausbruch des Bürgerkrieges. Das Kapital sucht sich gegen drohende Verluste zu schützen, indem es seine Darlehen aus Deutschland zurückzieht. Für den Abzug von Kapitalien kommen auch noch andere Gründe in Betracht. So das Misstrauen deutscher Kapitalisten in die politischen Zustände, und nicht zuletzt die Steuerscheu, welche die Kapitalisten veranlassen, ihre Gelder jenseits der Grenzen in Sicherheit zu bringen.

In der Kundgebung, welche die Reichsregierung beim Abschluss der Pariser Verhandlungen veröffentlichte, heisst es: „Die gesamten Erleichterungen, die der Hoover-Plan Deutschland bringen wird, werden zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen restlos benötigt und verwendet werden; die hierdurch eintretende Erleichterung des

Nun lasst uns endlich Taten sehen!

Das soziale Empfinden unserer Reichsminister lässt sich, wenn man ihre Worte hört, kaum noch übertreffen. Leider wird man aber von Worten nicht satt und die Regierungstaten lassen sich mit den schönen Worten schlecht in Einklang bringen. Kürzlich hat der Reichskanzler Brüning, wir haben davon Notiz genommen, den Bankiers gesagt, dass die Lohnsenkungen der Wirtschaft keine Rettung bringen. Noch deutlicher hat sich der Minister Stegerwald über die Mittel ausgesprochen, die geeignet wären, der Not der Arbeiter abzuhelfen. Die Rede, die Stegerwald am 5. Juli in Hamm vor den Vertrauensleuten der katholischen Arbeitervereine Westfalens hielt, verdient Aufmerksamkeit.

Der Reichsarbeitsminister kündigte an, dass im Herbst in Verbindung mit der Sanierung der Invalidenversicherung eine organische Vereinfachungs- und Verbilligungsreform der Sozialversicherung beabsichtigt sei. Daneben seien grössere Reformen in der Wirtschaftspolitik und in der Staatsorganisation unvermeidbar. Er kritisierte dann Fehler und Mängel in der Privatwirtschaft. Die deutsche Privatwirtschaft hat mit vielen Milliarden Mark kurzfristiger Auslandsschulden Investitionen in ihren Betrieben vorgenommen und zahlt weiterhin damit teilweise von Woche zu Woche ihre Löhne. Damit wird jede zielbewusste und planmässige Aussenpolitik unmöglich gemacht. Ein grosser Teil der kurzfristigen muss in langfristige Schulden umgewandelt werden.

Die deutsche Privatwirtschaft, so führte der Minister weiter aus, ist viel-

Geld- und Kreditmarktes muss der deutschen Wirtschaft zugute kommen. Eine Erhöhung irgendwelcher Ausgaben des Reiches, auf welchem Gebiete auch immer, ist während des Feierjahres nicht möglich.“

Man kann der Auffassung zustimmen, dass die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen das dringendste Erfordernis ist. Es ist auch darauf hingewiesen worden, dass dazu die durch die Notverordnung zu erlangenden Mittel unentbehrlich sind. Aber dessen ungeachtet muss jetzt mit schärfstem Nachdruck eine Reform der Notverordnung gefordert werden. Die Notverordnung enthält haarsträubende soziale Ungerechtigkeiten, das haben auch die verantwortlichen Minister zugegeben. Sie müssen beseitigt werden, ehe die Entrüstung über die Auswirkung der nun in Kraft getretenen Bestimmungen höhere Wogen schlägt. Die Notverordnung lässt sich sozialer gestalten, ohne dass ihr finanzielles Ergebnis beeinträchtigt wird. Der Reichskanzler hat psychologische Momente vorgeschützt, die ihn hinderten, in die sofortige Revision einzutreten. Diese Momente kommen nun, nachdem der Hoover-Plan angenommen wurde, nicht mehr in Betracht. Die allerdringendste Forderung, die ohne Aufschub befriedigt werden muss, ist die Revision der Notverordnung, Beseitigung ihrer unsozialen Härten.

fach in ihren leitenden Stellen noch mehr aufgebläht und noch stärker bürokratisiert als die öffentliche Wirtschaft. Auf dem Gebiete der Überkapitalisierung und Überbureaucratisierung gibt es noch viel zu ordnen. Diese Dinge sind nicht zu ordnen durch blossen einseitigen Sturm auf die Löhne, das Schlichtungswesen und die Sozialversicherung.

„Ich lehne es ab, Lohnirrage und Sozialversicherung immer wieder isoliert traktieren zu lassen. Durch Agrarzölle, Subventionen, unwirtschaftliche Preisbindungen mit Hilfe von Kartellen und Preis-konventionen, durch den aufgeblähten Verwaltungsapparat in der öffentlichen und Privatwirtschaft ist das deutsche Volk heute mehr belastet als durch die gesetzliche Sozialversicherung, wovon die Hälfte der Kosten die Versicherten selbst aufbringen.“

In Deutschland verausgaben die breiten Massen etwa 70 Prozent ihrer Einnahmen für Lebensmittel, Wohnung und Verkehrsmittel von und zur Arbeit. Wenn die deutschen Lebensmittelpreise sowie die Preise für Wohnungen und Verkehrsmittel denen des europäischen Durchschnitts angepasst werden, dann lässt sich sehr wohl über eine weitere Verringerung der Löhne reden. Den deutschen Arbeitern kommt es nicht auf die Höhe der Nominallohne an, das haben wir bei der Inflation ausreichend ausgeprobt; das Entscheidende ist, was

man sich mit den Löhnen kaufen kann. In der deutschen öffentlichen und privaten Wirtschaft...

In Deutschland machen wir uns vielfach noch keine Vorstellung davon, wie andere bedeutende Länder die Dinge sehen. Dort ist man der Meinung, dass der Weltweizenpreis die Basis für alle übrigen Preise abzugeben habe...

In solcher Lage zu glauben, dass Deutschland durch Zölle der Landwirtschaft dauernd wesentlich höhere als die Weltmarktpreise sichern könne, ist eine Illusion.

Während so der Reichsarbeitsminister scharfe Kritik an der Politik der Agrarzölle übt, welche die Lebensmittelpreise künstlich steigern, wird berichtet, dass die Reichsregierung bemüht sei, das hohe Preisniveau des Getreides zu stabilisieren.

In der Reichsregierung ist anscheinend eine Arbeitsteilung in der Weise vorhanden, dass der Reichsarbeitsminister durch scharfe Reden die Arbeiter zu beruhigen sucht, während der Reichsernährungsminister in gesteigertem Masse die Aushungerungspolitik fortsetzt...

Ist der Tiefstand der Wirtschaftskrise überwunden?

In ihrem Halbjahrsbericht über Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung behandelt die Reichs-Kredit-Gesellschaft alle die Gebiete, die für die Beurteilung der Konjunktur von Bedeutung sind.

Im Verlauf der ersten Monate des laufenden Jahres hatten sich in Deutschland wie in der übrigen Welt Ansätze zu einer Verlangsamung des Konjunkturrückganges und vielfach auch zu einem Stillstande gezeigt.

Schon hatte die gekennzeichnete Politik zu einem neuen Preissturz auf allen konjunkturrempfindlichen Gebieten ange-setzt. Die Preise wichtiger Welthandelswaren wurden ebenso getroffen wie die Kurse an den Wertpapierbörsen aller Länder.

in Gefahr, aus reiner Kopflosigkeit neue beträchtliche Verluste auf sich zu nehmen, zu vergessen, dass sie nur von Zusammenarbeit leben kann...

Der Vorschlag der Regierung der Vereinigten Staaten stellt der Politik des Rette sich, wer kann die Politik der Zusammenarbeit entgegen. Er hat, noch ehe er verwirklicht wurde, der Unternehmungslust neue Nahrung zugeführt...

jüngster Zeit von Angst beherrscht waren, dass es eines Entschlusses wie desjenigen des Präsidenten der Vereinigten Staaten bedürfte...

Allerdings macht die vorläufige Unterbrechung der Zahlungen die notwendige Anpassung aller Lasten und Leistungen an die völlig veränderten Wertverhältnisse, die Einstellung der Wirtschaft in allen Ländern auf die vergrößerte Produktionsfähigkeit der Welt nicht überflüssig...

gen nicht weniger als verständnisvoller Zusammenarbeit bedürfen, bis der Grund für eine nachhaltige Erhöhung der Beschäftigung und des Warenaustausches gelegt ist.

Wer die Wirtschaftsentwicklung aufmerksam verfolgt, wird zugestehen müssen, dass die Tatsachen in dem Bericht der Reichs-Kredit-Gesellschaft richtig gesehen sind.

Die Geschäftslage in der Holzindustrie im Juni 1931

Die Lage am allgemeinen Arbeitsmarkt hat im Juni eine bescheidene Besserung erfahren; in der Holzindustrie ist aber davon kaum etwas zu merken.

Maie waren 47,79 Prozent der Verbandsmitglieder arbeitslos, also die Arbeitslosigkeit stagniert. Das gleiche gilt auch für die Kurzarbeit.

Ebenso wie das Ergebnis der Zählung der arbeitslosen Verbandsmitglieder führt

auch die Umfrage über den Beschäftigungsgrad in den Grossbetrieben der Holzindustrie zu der Feststellung, dass die Lage in der Holzindustrie stagniert.

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Holzarbeiter-Verband Ende Juni 1931.

Table with 18 columns: Gau, Berichtet haben (Verw.-stellen, mit Mitgliedern, darunter weibl.), Arbeitslose (am 30. 6. 31, darunter weibl.), Von je 100 Mitgliedern waren arbeitslos, Verkürzt arbeiteten insgesamt (Betriebe, Beschäftigte, darunter weibl.), Von je 100 Mitgliedern verkürzt arbeiteten, Die wöchentliche Arbeitszeit war verkürzt um (1-8 Std., 9-16 Std., 17-24 Std., 25 Std. und mehr Beschäft.), Nicht berichtet haben (Verw.-stellen, mit Mitgliedern).

der Stilllegungen ist im Laufe des Monats auf 14 Betriebe mit 489 Arbeitern angewachsen. Dagegen hat die Kurzarbeit einen kleinen Rückgang erfahren.

Sport- und Kinderwagen, Waggonen und Werften. Beachtlich sind die Mehreinstellungen auf Sperrholz. Betrachtet man die Urteile über den Geschäftsgang, dann ist bei den einzelnen Berufszweigen gegenüber dem Vormonat kaum ein merklicher Unterschied festzustellen.

3 und schlecht mit 4, dann ergibt sich als Gesamtdurchschnitt 3,282. Gegenüber dem Monat Mai, wo die entsprechende Zahl 3,226 ist, ist das eine kleine Verschlechterung.

Der Beschäftigungsgrad in den Grossbetrieben der Holzindustrie im Monat Juni 1931.

Table with 13 columns: Berufs-zweig, Anzahl (Berichtende Betriebe, der Beschäftigten, der Eingestellten, der Entlassenen, der leeren Plätze), Geschäftsgang (gut, befriedigend, schlecht), Von je 100 Beschäftigten entfallen auf Betriebe mit... Geschäftsgang (Juni 1931, Mai 1931, Juni 1930).

Stärkelegte Betriebe mit Arbeitern: 1) 1 mit 28, 2) 2 mit 52, 3) 1 mit 5, 4) 1 mit 31, 5) 1 mit 6, 6) 1 mit 14, 7) 1 mit 24, 8) 2 mit 84, 9) 1 mit 200, 10) 1 mit 46, zusammen 14 Betriebe mit 489 Arbeitern.

Von der Arbeitsdienstpflicht zum freiwilligen Arbeitsdienst

Von Kurt Hirche

Wer die Arbeitsbeschaffungsdiskussionen verfolgt hat, weiss, welche Rolle dabei die Frage der Arbeitsdienstpflicht gespielt hat. Sie ist augenblicklich etwas zurückgetreten. Eine neue, nicht minder gefährliche Parole ist im Werden: die Parole des freiwilligen Arbeitsdienstes. Es scheint notwendig, diese Entwicklung von der Arbeitsdienstpflicht zum freiwilligen Arbeitsdienst kurz darzustellen und kritisch dazu Stellung zu nehmen.

I. Die Arbeitsdienstpflicht

Die Ideologie der Arbeitsdienstpflicht ist erst in der Nachkriegszeit entstanden. Sie verdankt etwas Negativem ihr Dasein: dem Fortfall der Militärdienstpflicht. Selbst der schärfste Gegner des Militarismus wird nicht umhin können, anzuerkennen, dass der Militärdienstpflicht trotz aller ihrer Schattenseiten doch auch immerhin gewisse erzieherische und volksgesundheitliche Bedeutung zukam. So entwickelte sich allmählich der Gedanke, an Stelle der abgeschafften Militärdienstpflicht eine andere Institution zu schaffen, die das Positive der Militärdienstpflicht enthielte und zugleich durch ihre ganze Art dem Wandel der Staatsform und Staatsaufgaben gerecht würde. Diese Institution glaubte man in der Arbeitsdienstpflicht gefunden zu haben.

Zuerst waren es vor allem die Kreise der Jugendbewegung, die sich dieses Gedankens annahmen und ihm eine ideologische Grundlage gaben. Ähnlich wie beim Militärdienst sollte jeder gesunde Staatsbürger in seiner Jugend etwa ein Jahr lang zur Ableistung des Arbeitsdienstes verpflichtet sein, der dem Staate zugute komme. Allerlei praktische und ideelle Werte glaubte man damit schaffen zu können: steuerliche Entlastung, grössere Unabhängigkeit des Staates einerseits, Förderung des sozialen und menschlichen Verständnisses, der Volksgemeinschaft und der Führerauswahl andererseits. Bald bemächtigten sich „nationale“ Kreise dieses Gedankens und verlangten im Laufe der Jahre immer hartnäckiger seine Durchführung. Aus der mehr oder minder ideellen Angelegenheit der Jugendbewegung wurde somit plötzlich eine hochpolitische. Denn den „nationalen“ Organisationen und Wehrverbänden war es in erster Linie um eine Institution zu tun, die in Umgehung der Friedensvertragsbestimmungen einen möglichst weitgehenden Ersatz für die Wehrpflicht darstellen und den „Wehrwillen“ des Volkes wacherhalten sollte.

Das ist einer der Gründe, weshalb sich die sozialistische Arbeiterschaft scharf gegen diese Arbeitsdienstpflicht aussprechen musste. Man hat ihr immer wieder vorgehalten, gerade dem Sozialisten müsse doch der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht grundsätzlich sympathisch sein; man hat aber vergessen, dass man sehr wohl einem Gedanken grundsätzlich anerkennend gegenüberstehen kann und doch in einer bestimmten historisch-gesellschaftlichen Situation sein schärfster Gegner sein muss. Für die Arbeiterschaft entscheidend ist heute, dass die Einführung der Arbeitsdienstpflicht in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung eine Institution schafft, deren Tätigkeit sich nur zu leicht gegen die organisierte Arbeiterschaft zu richten vermag. Aus dem angeblich sozialistischen Arbeitsdienst würde heute zu leicht ein antisozialistisches, politisches und wirtschaftliches Kampfmittel werden! Ein Kampfmittel des Nationalismus und ein Mittel des auf Lohndruck bedachten Unternehmertums. Die Vorbereitung einer neuen „Technischen Nothilfe“ und einer Bürgerkriegsarmee.

Abgesehen von allem Grundsätzlichen aber sprechen rein wirtschaftliche Überlegungen gegen die Durchführung der Arbeitsdienstpflicht. Berechnungen haben gezeigt, dass sie eine äusserst kostspielige, in ihrem wirtschaftlichen Erfolge aber sehr zweifelhafte Angelegenheit darstellt. Dass wir gar nicht die finanziellen Mittel hätten, ein derartiges Experiment durchzuführen, dass sie ferner kein Mittel zur Behebung bzw. Linderung der Arbeitslosigkeit wäre, sondern die teuerste Art der Arbeitslosen-

hilfe. Wenn dennoch die Propagierung der Arbeitsdienstpflicht gerade in der Zeit grosser Arbeitslosennot zunahm und sich verstärkte, je grösser die Zahl der Arbeitslosen wurde, so enthüllt diese Tatsache nur zu leicht die Hintergründe, die damit politisch verfolgt wurden und die sich in den einen Satz zusammenfassen lassen: **Unterminierung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung!**

Es lässt sich nicht leugnen, dass die Regierung Brüning diesen Bestrebungen recht freundlich gegenübergestanden hat. Erst die ungeheure Schwere und Länge der Krise sowie der Widerstand der Arbeiterschaft haben der Regierung gezeigt, dass es wohl besser sei, diesen Gedanken an die Heilkraft des Krautes Arbeitsdienstpflicht vorläufig fallen zu lassen. Das ist recht widerstrebend geschehen. Und es ist nur geschehen, weil man mit einer neuen, gewissermassen mit einer Ersatzparole aufwarten kann. Sie heisst: freiwilliger Arbeitsdienst.

II. Der freiwillige Arbeitsdienst

Die ideologische Begründung ist hier eine ganz ähnliche, wie bei der Arbeitsdienstpflicht. Das lehrt, vorsichtig zu sein. Praktisch ist der „freiwillige Arbeitsdienst“ so gedacht, dass „Kolonien“, „Arbeitslager“ eingerichtet werden sollen, deren Aufgabe es ist, bestimmte gemeinnützige, zusätzliche Arbeiten, insbesondere Bodenverbesserungsarbeiten, Herrichtung von Siedlungs- und Kleingartenland, örtliche Verkehrsverbesserungen und Arbeiten, die der Volksgesundheit dienen, durchzuführen. Nach der herrschenden Meinung der Propagandisten des freiwilligen Arbeitsdienstes sollen die Teilnehmer zu ungefähr gleichen Teilen aus arbeitslosen Arbeitern und Angestellten, Studenten und Jungbauern bestehen. Auf diese Weise hofft man zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Linderung der Arbeitslosennot (angeblich) einerseits, Volksgemeinschafts- und Führerauswahlideologie andererseits — ganz wie bei der Arbeitsdienstpflicht.

Den äusseren Anstoss zu diesen Gedankengängen haben bereits abgehaltene Arbeitslager (in Schlesien und Norddeutschland) gegeben, die privat und ohne Beteiligung der Behörden unter Betonung ihres ideellen Wertes durchgeführt wurden. Der entscheidende Gesichtspunkt dafür, dass man jetzt darauf zurückkommt, scheint uns aber der zu sein, dass man an Stelle der Arbeitsdienstpflicht vorläufig etwas setzen möchte, das ihr möglichst nahe kommt und unter Umständen geeignet ist, die spätere Einführung der Arbeitsdienstpflicht vorzubereiten.

So hat denn die Reichsregierung in ihrer neuen Notverordnung eine gesetzliche Grundlage für die finanzielle Unterstützung des freiwilligen Arbeitsdienstes geschaffen, indem sie in das Gesetz für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung einen neuen § 139a (§ 139 handelt von den Notstandsarbeiten) einfügte, in dem der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung die Ermächtigung zu dieser

finanziellen Unterstützung aus ihren Mitteln gegeben wird. Ausserdem ist in der Notverordnung die Ermächtigung enthalten, nach der das Reich Garantien im Umfang von 300 Millionen Mark für produktive Arbeiten geben kann und ermächtigt ist, Schuldbuchforderungen für die Finanzierung dieser Arbeiten auszustellen.

Die Reichsregierung ist mit diesen Bestimmungen nur der Linie gefolgt, die auch der Präsident der Reichsanstalt vertritt, der schon im Februar dieses Jahres den freiwilligen Arbeitsdienst für durchführbar erklärt und empfohlen hat. (Als bezeichnendes Beispiel sei erwähnt, dass der Präsident des südwestdeutschen Landesarbeitsamtes schon vor Erlass der Notverordnung bereit war, den freiwilligen Arbeitsdienst zu unterstützen, und zwar auf Grund des § 137 [AVAVG.], der die Möglichkeit finanzieller Zuwendungen aus dem Gesichtspunkt der — Berufsumschulung vorsieht.) Es soll also nicht bei blossen Absichten bleiben, sondern man will versuchen, diese Experimente in die Praxis umzusetzen.

Diesem Bestreben von „oben“ kommen Bemühungen von „unten“ nur allzusehr entgegen. Da nach den Bestimmungen der Notverordnung Träger dieses freiwilligen Arbeitsdienstes ausser den Körperschaften des öffentlichen Rechts und gemeinnützigen Vereinigungen und Stiftungen (z. B. landwirtschaftliche Meliorationsgenossenschaften, Deichgenossenschaften und Siedlungsverbände) ganz allgemein Vereinigungen sein können, „die Gruppen von Arbeitswilligen für Arbeiten der oben erwähnten Art zusammenfassen“ — ist der Rahmen praktisch ungeheuer weit gespannt, was dazu führt, dass sich alle möglichen Organisationen dafür interessieren.

Stellenweise stehen Studenten im Vordergrund der Bemühungen um die Durchführung des freiwilligen Arbeitsdienstes, so in Baden und Württemberg. In Baden existiert schon ein fertiger Plan, nachdem ab 3. August in Egringen (Amt Lörrach) hintereinander zwei Kolonien eingesetzt werden sollen, um Entwässerungsarbeiten von Ackergelände durchzuführen. Die Finanzierung ist so gedacht, dass Unterkunft und Verpflegung zum grössten Teil von der Gemeinde übernommen werden. Der Rest für Verpflegung, die Reisekosten der Teilnehmer, die Versicherungsbeiträge und das Taschengeld (es gibt keine Entlohnung, sondern nur ein tägliches Taschengeld von 50 Pf.) sowie auch die Mittel für die Organisation (!) sollen durch Zuschüsse des Landesarbeitsamtes und der badischen Regierung aufgebracht werden. Ausser diesen Kolonien wird bereits über den umfangreichen Einsatz weiterer Kolonien verhandelt, und auch von anderer Seite tauchen allerlei, zum Teil ganz phantastische, Projekte auf. Es regt sich überall — auch bei den Wehrverbänden! Der „Jungdeutsche Orden“ und seine Freunde haben mit dem genannten Paragraphen der Notverordnung das längstbegehrte Spielzeug erhalten — das war wohl der politische Zweck! — und sie werden sicherlich damit eifrig zu spielen versuchen.

Hatte die Arbeiterschaft gute Gründe, gerade in der jetzigen Zeit die Arbeitsdienstpflicht scharf abzulehnen, so gilt das nicht minder vom freiwilligen Arbeitsdienst. Drei Gruppen guter Gründe zwingen dazu:

Erstens handelt es sich hier unseres Erachtens um eine höchst fragwürdige Verausgabung öffentlicher Gelder, um Experimente, deren Erfolg sehr zweifelhaft ist und die — wie wir befürchten — mit einer finanziellen Pleite für das Reich enden werden. Arbeitsdienstpflicht ist die teuerste Art der Arbeitslosenhilfe. Und mit dem freiwilligen Arbeitsdienst ist es ganz ähnlich. Hinzu kommt, dass man anscheinend nicht daran gedacht hat, wie verbitternd es wirken muss, wenn einerseits unter Hinweis auf die schwierige Finanzlage die Leistungen der Arbeitslosenversicherung stark abgebaut werden, während man andererseits plötzlich in derselben Notverordnung — die das sanktioniert — finanzielle Mittel für wirtschaftlich teure, arbeitsmarktpolitisch fast zwecklose, massenpsychologisch höchst ungeschickte Experimente zur Verfügung stellen will! Statt alle Gelder zu machtvoller, konzentrierter, entlohnter und Massenkaukraft schaffender Arbeitsbeschaffung zu verwenden, sollen sie für nichtentlohnte Arbeitsdienstexperimente zersplittert werden!

Zweitens handelt es sich bei diesen Arbeitsdienstkolonien um Einrichtungen, die nur zu leicht zu Institutionen des Lohndrucks werden können. Wie bereits gesagt, erhalten die Beteiligten keinerlei Entlohnung. Für ein Taschengeld von 50 Pf. sollen sie den ganzen Tag schwer arbeiten! Die Unternehmer werden schmunzeln — und den Gemeinden kann man es auch kaum verdenken, wenn sie es tun! Wofür sie bisher Arbeiter entlohnen mussten, dafür besteht die Möglichkeit, in Zukunft die nichtentlohnten „Arbeitsdienstkolonisten“ einzusetzen. Wohl soll es sich um zusätzliche Arbeiten handeln; aber welche Gemeinde brächte es nicht fertig, die Zusätzlichkeit einer Arbeit zu beweisen.

Auf diese Weise werden der Arbeitslosenversicherung neue Lasten aufgebürdet, denen zweifelhafte Erfolgsposten gegenüberstehen. Hinzu kommt, dass die Zahl nichtentlohnter Menschen anschwillt, die Kaufkraft aber sinkt, so dass am Ende dieser Experimente statt verringerter Arbeitslosigkeit nur zu leicht vermehrte Arbeitslosigkeit stehen kann! Die schlimmste soziale Entrechtung ist ferner darin zu erblicken, dass diese Beschäftigung kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechtes begründen soll! Dafür aber dürfen sich die Arbeitswilligen zu einer neuen „Technischen Nothilfe“ und Bürgerkriegsarmee ausbilden lassen!

Die dritte Gefahrengruppe liegt darin begründet, dass auf dem Wege über den freiwilligen Arbeitsdienst allmählich der Boden für die Arbeitsdienstpflicht vorbereitet werden soll, so dass man dann an Stelle unserer Überschrift „Von der Arbeitsdienstpflicht zum freiwilligen Arbeitsdienst“ später die umgekehrte stellen könnte. Charakteristisch ist, dass — ausser idealistischen Verfechtern in der Jugendbewegung und der Studentenschaft — die Hauptvertreter dieser Ideen in „nationalen“ Verbänden zu finden sind und dass auch die Unternehmer ihnen wohlwollend gegenüberstehen! Im Hintergrund droht die Gefahr, dass einerseits der Dinta-Gedanke, andererseits der Gedanke der „nationalen Wehrhaftigkeit“ diese freiwilligen Arbeitsdienstkolonien infizieren. Wobei übrigens noch betont werden muss, dass die „Freiwilligkeit“ eine scheinbare ist und die „Freiwilligen“ einem gewissen politischen Zwang unterworfen werden! Um den jugendlichen arbeitslosen Arbeitern und Angestellten diesen Arbeitsdienst schmackhaft zu machen, übt man auf sie einen materiellen Druck aus, indem man ihnen zugleich in der Notverordnung die Arbeitslosenunterstützung streicht! Die Angst vor dem Verhungern soll sie in die „freiwilligen“ Arbeitslager treiben — wahrlich, ein geschickt ausgeklügelter Plan, den das Eintreten der Arbeiterschaft für Milderungen in der Notverordnung bisher wenigstens etwas zu zerstören vermochte.

Die Verfechter des freiwilligen Arbeitsdienstes sind rührig am Werk. Die Reichsanstalt will sie finanziell unterstützen. Da ist es notwendig, dass die Arbeiterschaft diesen Experimenten entschieden gegenübertritt, ehe sie uns mit ihrer kostspieligen Verwirklichung überrumpeln, deren Kosten letztlich wieder die breite Masse bezahlen muss!

Arbeitsdienstpflicht.



Arbeitszeit und Lohn bestimme Ich. Wer nicht gehorcht wird bestraft, verstanden? Wegtreten!



Aus dem Verbandsleben



Von den Gesellenausschüssen

Die Innungen sind die öffentlich-rechtlichen Organisationen des Handwerks. Die Gesetzgebung geht dabei von den patriarchalischen Zuständen im Handwerksbetrieb aus, wie sie in grauer Vorzeit einmal bestanden haben sollen. In der Handwerksvertretung gilt nur der Meister. Die Arbeiter sind ausgeschlossen. Den Gesellen, also nur den gelernten Facharbeitern, ist eine Vertretung in der Innung zugestanden, aber das Gesetz lässt sie dort eine recht bescheidene Rolle spielen.

„Die bei den Innungsmitgliedern beschäftigten Gesellen nehmen an der Erfüllung der Aufgaben der Innung und an ihrer Verwaltung teil, soweit dies durch Gesetz oder Statut bestimmt ist. Sie wählen zu diesem Zweck den Gesellenausschuss“, heisst es im § 95 der Gewerbeordnung. Die bei dem harmlosen Leser dieser Bestimmung etwa auftauchenden Hoffnungen werden schnell gedämpft durch den Nachsatz: „soweit dies durch Gesetz oder Statut bestimmt ist“. Wie weit sich die Teilnahme an der Erfüllung der Aufgaben der Innungen erstreckt, darüber heisst es weiter in demselben Paragraphen: „Der Gesellenausschuss ist bei der Regelung des Lehrlingswesens und bei der Gesellenprüfung sowie bei der Gründung und Verwaltung aller Einrichtungen zu beteiligen, für welche die Gesellen Beiträge entrichten oder eine besondere Mühewaltung übernehmen, oder welche zu ihrer Unterstützung bestimmt sind.“

Die Einrichtungen, von denen hier die Rede ist, sind im wesentlichen Herbergen, Unterstützungskassen, Arbeitsnachweise. Um das Herbergswesen kümmern sich die Innungen heute wohl so gut wie gar nicht mehr, und die Arbeitsvermittlung dürfte für unsere Kollegen fast allgemein durch die Arbeitsämter erfolgen. Dann ist noch eine Mitwirkung des Gesellenausschusses vorgesehen bei der Beschlussfassung über die Errichtung von Innungskrankenkassen, für die im übrigen aber die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung gelten.

Am bedeutungsvollsten sind die Rechte der Gesellenausschüsse in bezug auf die Regelung des Lehrlingswesens. Nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung ist die Regelung des Lehrlingswesens dem Innungsstatut entzogen. Sie gehört zu den Aufgaben, die der Innungsversammlung vorbehalten sind. Zu den Innungsversammlungen, die über Angelegenheiten beraten und beschliessen, bei denen eine Mitwirkung des Gesellenausschusses vorgesehen ist, sind dessen sämtliche Mitglieder mit vollem Stimmrecht zuzulassen. Ein gültiger Beschluss kann in solchen Angelegenheiten nur dann gefasst werden, wenn der Gesellenausschuss seine Zustimmung gibt. Die fehlende Zustimmung kann durch die Aufsichtsbehörde ersetzt werden.

Neben ihren Aufgaben im Rahmen der Innungen haben die Gesellenausschüsse die Wahl des Gesellenausschusses bei der Handwerkskammer vorzunehmen. Die Handwerkskammern sind Behörden und werden aus Vertretern gebildet, die von den Mitgliedern der zum Bezirk der Handwerkskammer gehörigen Innungen zu wählen sind. Die von den Handwerkskammern innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen sind bindend für alle im Bezirk ansässigen Handwerker (und zwar für Meister, Gesellen und Lehrlinge) und für alle Innungen und Innungsausschüsse. Es ist daher ein gänzlich ungenügendes Mindestmass von Mitwirkungsrecht, das den Arbeitern mit der Errichtung von Gesellenausschüssen bei den Handwerkskammern zugestanden wird.

Durch die Handwerksnovelle vom Jahre 1929 sind die Bestimmungen über Gesellenausschüsse bei den Handwerkskammern weitgehend insoweit etwas erweitert worden, als die Ausschüsse durch Zuwahl von sachverständigen Personen (bis zu einem Fünftel der Mitgliederzahl), die nicht dem Handwerkerstand anzugehören brauchen,

ergänzt werden können. Die Zugewählten haben die gleichen Rechte und Pflichten wie die übrigen Mitglieder des Gesellenausschusses. Ausserdem können zu den Verhandlungen der Gesellenausschüsse Sachverständige mit beratender Stimme hinzugezogen werden. Zu den Aufgaben der Gesellenausschüsse bei den Handwerkskammern ist neu hinzugekommen die Abgabe von Gutachten über sozialpolitische Fragen. Im übrigen müssen sie mitwirken beim Erlass von Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens, bei Erstattung von Berichten über Angelegenheiten, welche die Verhältnisse der Gesellen und Lehrlinge betreffen, bei Entscheidung über Beanstandung der Prüfungsausschüsse.

Das sind immerhin Fragen von nicht zu unterschätzender Bedeutung, und es muss darum versucht werden, die Rechte der Gesellenausschüsse bis zur Grenze des Möglichen auszuschöpfen. Sind schon die Gesellen in der Gesetzgebung nur als ein dürftiges Anhängsel des Handwerkerstandes behandelt, dann kommt noch hinzu, dass ihnen das Gesetz nicht den geringsten organisatorischen Rückhalt gibt. Die Innung als Organisation besteht nur aus Unternehmern. Zur Wahl des Gesellenausschusses sind die bei den Innungsmitgliedern beschäftigten Gesellen durch den Innungsvorstand einzuladen. Die Mindestfrist, die zwischen der Einladung und dem Wahltermin liegen muss, wird durch das Innungsstatut bestimmt, sie beträgt nicht selten nur 24 Stunden. Zu irgendeiner vorbereitenden Stellungnahme ist also meistens keine Gelegenheit gegeben. Die einzige Möglichkeit, das Wahlergebnis nicht ganz dem Zufall oder gar dem Einfluss der Innungsmeister zu überlassen, ist die Mitwirkung der Gewerkschaften. Wenn man sich nicht freiwillig mit ihnen als den berufenen Vertretungen der Arbeiterschaft über die Errichtung von Gesellenausschüssen in Verbindung setzen will, dann müssen sie sich eben von sich aus dazwischenklemmen.

Man muss gewiss die Rechte der Gesellenausschüsse der Innungen und Handwerkskammern als viel zu gering, die ganze Handwerksgesetzgebung überhaupt als ein Unrecht bezeichnen. Trotzdem wäre es falsch, den Unternehmern besonders bei der Regelung des Lehrlingswesens das Feld allein zu überlassen. Wenn aber die mageren Rechte der Gesellenausschüsse soweit wie möglich ausgenutzt werden sollen, dann müssen die Gewerkschaften trachten, alle Gesellenausschüsse mit ihren Mitgliedern zu besetzen. Eine Vertretung ohne organisatorischen Rückhalt ist vollkommen wertlos.

Um einen Überblick über die im Organisationsbereich unseres Verbandes bestehenden Gesellenausschüsse und über die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Mitglieder in diesen Ausschüssen zu erhalten, hat der Verbandsvorstand vor einiger Zeit eine Umfrage bei den Ortsverwaltungen vorgenommen. Das Ergebnis dieser Umfrage entspricht, was die Zahl der eingesandten Berichtskarten anbelangt, nicht ganz den Erwartungen. Von unseren 1160 Verwaltungsstellen haben nur 529 berichtet. In 171 dieser Verwaltungsstellen ist ein Gesellenausschuss nicht gewählt, wozu in 41 Fällen mitgeteilt wird, dass am Orte keine Innung für die in unserem Verband vertretenen Berufe besteht. Das dürfte auch für eine ganze Anzahl weiterer Verwaltungsstellen zutreffen, ohne dass es auf den nicht ausgefüllten Berichtskarten ausdrücklich gesagt ist.

Über die Wahl von Gesellenausschüssen berichten 361 Verwaltungsstellen, in denen Gesellenausschüsse bei insgesamt 419 Innungen bestehen. Diese 419 Gesellenausschüsse haben zusammen 1307 Mitglieder, von denen 985 unserem Verbandsangehörigen, 106 anderen Organisationen, während 216 Mitglieder von Gesellenausschüssen unorganisiert sind. Also von 1305 Vertretern sind immerhin fast 1000 Mit-

glieder unseres Verbandes. Das Ergebnis ist noch etwas günstiger, wenn man vergleicht, in wie vielen Gesellenausschüssen unsere Mitglieder überhaupt Einfluss haben und in wie vielen nicht. Unter den festgestellten 419 Gesellenausschüssen befinden sich 48, denen keine Mitglieder unseres Verbandes angehören; 33 davon bestehen nur aus Unorganisierten. Bei 250 Innungen sind die Gesellenausschüsse nur aus Verbandskollegen zusammengesetzt.

Das ist alles in allem kein Ergebnis, das befriedigen kann. Aber wenn man die Rechte der Gesellenausschüsse und ihre gesetzlichen Grundlagen betrachtet, ist es nicht sehr verwunderlich, wenn viele Kollegen sich von der Wahl eines Gesellenausschusses nichts versprechen. Trotzdem muss in Zukunft von den Ortsverwaltungen und von allen Kollegen in Handwerksbetrieben dieser Frage mehr Bedeutung beigemessen werden. Wenn mit den Rechten, die in der Innungsgesetzgebung den Arbeitern eingeräumt sind, etwas erreicht werden soll, dann ist das nur dadurch möglich, dass die Gewerkschaften sich um die Wahlen der Gesellenausschüsse kümmern, und dass die Mitglieder in den Gesellenausschüssen bestrebt sind, eng mit der gewerkschaftlichen Organisation zusammenzuarbeiten. Dieser Weg ist mit Erfolg bei den gesetzlichen Betriebsvertretungen beschritten worden. Das muss ein Ansporn für die Gewerkschaften sein, auch auf die in der Handwerksgesetzgebung für die Arbeiter vorgesehenen Organe in weit stärkerem Masse als bisher Einfluss zu nehmen.

—z.

Lehrlingsordnung und Tarifvertrag

Unter der gleichen Überschrift haben wir in Nummer 19 der „Holzarbeiter-Zeitung“ von einem Urteil des Arbeitsgerichts Hamburg Notiz genommen, das sich mit der Lehrlingsordnung beschäftigte, welche der Rheinisch-westfälisch-lippische Tischlerinnungsverband mit dem christlichen Holzarbeiter-Verband vereinbart hat. Das Arbeitsgericht entschied, dass die in der Lehrlingsordnung festgesetzten Entschädigungssätze bindend seien. Das Arbeitsgericht schloss aus Form und Inhalt der Vereinbarung, „dass die Tarifparteien Vergütung und Urlaub für die Lehrlinge tarifvertraglich geregelt haben“.

Nunmehr erfahren wir, dass dieses Urteil in der Berufungsinstanz aufgehoben wurde. Das Landesarbeitsgericht Duisburg stellte sich auf den Standpunkt, dass die Lehrlingsordnung nur die Vertragsparteien, also die Organisationen, verpflichte. Verpflichtungen für die Mitglieder der Organisationen können daraus nicht hergeleitet werden. Da wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Streitfalles Revision zugelassen wurde, wird sich wohl noch das Reichsarbeitsgericht mit der Sache befassen.

Immerhin steht jetzt schon fest, dass die Regelung der Lehrlingsentschädigung durch eine sogenannte Lehrlingsordnung eine problematische Angelegenheit ist. Hat diese Regelung, wie das Arbeitsgericht annimmt, tarifvertraglichen Charakter, dann dürfte das Interesse der Innungsverbände an der Vereinbarung von solchen Lehrlingsordnungen bald schwinden, denn der Zweck ihrer Aktion ist es doch, die Entschädigung der Lehrlinge der tarifvertraglichen Regelung zu entziehen. Hat dagegen das Landesarbeitsgericht recht und bedeutet die Vereinbarung in der Lehrlingsordnung keinerlei Verpflichtung für den einzelnen Unternehmer, dann ist die ganze Lehrlingsordnung das Papier nicht wert, auf das sie geschrieben ist. Warten wir zunächst ab, was das Reichsarbeitsgericht zu der Sache sagen wird.

Südwestdeutsche Bürstenindustrie

Der Reichsverband deutscher Bürstenfabriken hat am 14. April den Mantelvertrag für die südwestdeutsche Bürstenindustrie zum Ablauf am 31. Mai 1931 gekündigt. In dem Kündigungsschreiben war die baldige Vorlegung eines neuen Entwurfs in Aussicht gestellt. Einen Monat später kam die Mitteilung, dass er in den nächsten Tagen folgen solle. Der Vorschlag, mit den Verhandlungen erst Mitte Juni zu beginnen, wurde von unseren Kollegen angenommen, die zugleich vorschlugen, den alten Vertrag vorläufig zu verlängern. Darauf antwortete der Reichsverband nicht, dagegen machte er am 18. Juni schriftlich den Vorschlag, eine „Notregelung“ zu treffen, durch welche die Arbeiter für 1931 auf ihren Urlaub verzichten. Unsere Kollegen hatten für solch einen Verzicht unter gleichzeitiger Hinauszögerung der Inangriffnahme der Vertragsverhandlungen kein Verständnis. Sie haben nun ihren Vertragsentwurf den Unternehmern übermittelt. Eine Äusserung darauf liegt noch nicht vor.

Der Einspruch der Stettiner Unternehmer

Durch einen Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses vom 10. März wurde in Stettin der Durchschnittslohn der Bautischler von 115 auf 107 Pf., der Möbeltischler von 108 auf 103 Pf. herabgesetzt. Unsere Kollegen stellten sodann beim Reichsarbeitsministerium den Antrag, den Tarifvertrag und das neue Lohnabkommen für allgemeinverbindlich zu erklären. Der Vorsitzende und der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes für das Holzgewerbe zu Stettin hatten ihr Einverständnis mit dem Antrage ausgesprochen, den sie nur nicht selbst stellen wollten. Die Stettiner Unternehmer gehören auch mit wenigen Ausnahmen zum Arbeitgeberverband. Mit den Aussenseitern sind aber Sonderabkommen getroffen, die sich inhaltlich mit dem Verträge decken.

Nun hat ausgerechnet der Stettiner Arbeitgeberverband Einspruch gegen die Allgemeinverbindlichkeit des Vertrages erhoben, den er selbst abgeschlossen hat. Er begründet den Einspruch damit, dass er das Lohnabkommen zum 15. September 1931 und den Mantelvertrag zum 1. März 1932 als dem nächsten Kündigungstermin kündigen wolle, um die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern.

Der Satz in der Begründung: „Eine allgemeine Verbindlichkeit der bestehenden hohen Löhne hätte nur den Erfolg, dass sich die letzten wenigen Arbeitsplätze leeren würden und weitere rund 100 Arbeiter der öffentlichen Versorgung zur Last fallen“, kann nur die Bedeutung haben, dass sich die Unternehmer durch die vertraglichen Lohnsätze nicht gebunden fühlen wollen. Dabei gelten die Vertragslöhne, gleichviel, ob sie für allgemeinverbindlich erklärt werden oder nicht. Anscheinend ist den Herren der Unterschied zwischen „verbindlich“ und „allgemeinverbindlich“ im Vertragsrecht nicht geläufig. Jedenfalls ist ihr Einspruch charakteristisch: dass ihm stattgegeben wird, ist wohl nicht anzunehmen.

Vertragsablauf in Württemberg

Der Bezirkstarifvertrag für Württemberg ist am 24. Juni abgelaufen; am gleichen Tage hat auch das Lohnabkommen geendet. Es haben längere Verhandlungen stattgefunden, die jedoch ergebnislos bleiben mussten, weil die Unternehmer unannehmbare Verschlechterungen des Vertragsrechtes forderten. Für den Abschluss eines neuen Lohnabkommens haben die Unternehmer den Antrag gestellt, die seitherigen Löhne um 12 Prozent zu kürzen. Es wurde wohl ein Verhandlungstermin vereinbart, eine Verständigung ist aber wenig wahrscheinlich. Augenblicklich besteht keine vertragliche Bindung.

Mit Beginn dieses Monats
ist der 29. Wochensatzung fällig



Holzindustrie



Der Kork, seine Gewinnung und Verwendung

(Schluss)

Der abgeschälte gute Kork wird an Ort und Stelle in grossen Kupferkesseln etwa 20 Minuten lang gekocht, und wenn er, noch weich, aus dem Kessel kommt, mit besonders dazu geeigneten Messern von Moos und Flechten befreit und endlich übereinander geschichtet, mit Steinen beschwert und getrocknet.

Auf diese Weise erhält man Korkplatten meist in der Grösse von 1,50 zu 0,75 Meter. Vielfach zieht man auch die Korkplatten durch Flammenfeuer, wodurch die Masse innerlich gebräunt und äusserlich schwach angesengt wird. Das Ankohlen gibt dem Kork, was der Stöpselschneider „Nerv“ nennt. Es bewirkt, dass sich die Poren schliessen, die sonst Feuchtigkeit aufnehmen und den Kork zu Stöpseln, Spunden usw. untauglich machen würden. Sicher wird damit auch der Zweck verfolgt, schlechten Platten ein besseres Aussehen zu verleihen. Geringwertiger, nicht zu Stöpseln bestimmter Kork wird einfach auf Haufen getrocknet. Nach zwei Monaten hat er ein Fünftel seines Gewichts verloren und wird dann als verkäuflich angesehen. In der Regel verkaufen die spanischen Waldbesitzer und Pächter ihren Kork schon vor der Ernte, also noch auf dem Baume.

Die beste Sorte Kork ist nicht dünner als 40 Millimeter. Sie muss geschmeidig, elastisch, weder holzig, noch löcherig sein und hat eine rötliche Farbe. Gelbe Farbe wird als Merkmal geringerer Güte angesehen, und die schlechteste Sorte sieht weiss aus. Die erstgenannte, rötliche Sorte wird besonders in Katalonien gewonnen und danach katalonischer Kork genannt. Sie eignet sich besonders zu Champagnerkorken. Ihr folgt in der Bewertung der andalusische Kork, der sich durch hellere Färbung und grosse Weichheit auszeichnet. Die spanischen und französischen Korkhändler teilen ihre Ware nach Massgabe der Dicke in vier Sorten: 1. den dicken Kork mit mehr als 30 Millimeter Durchmesser, 2. den gewöhnlichen Kork mit 25 bis 30 Millimeter Durchmesser, 3. den Bastardkork mit 23 bis 25 Millimeter und 4. den dünnen Kork mit weniger als 23 Millimeter Durchmesser. Jede Sorte wird dann noch nach dem Grade der Feinheit in mehrere Unterarten eingeteilt. Kork, der Risse hat, wird als Ausschuss betrachtet, ebenso solcher, der weich und schlaff ist. Die Korkrinde enthält übrigens soviel Gerbsäure wie die beste Rinde anderer Eichen. Aus diesem Grunde können eisenhaltige Flüssigkeiten nicht mit Kork verschlossen werden, da die Gerbsäure des letzteren mit dem Eisen eine Verbindung eingeht. Es bildet sich gerbsaures Eisen, das eine schwarzfärbende Eigenschaft besitzt. Die ganze Flüssigkeit würde nach und nach einen Farbwechsel durchmachen.

Die spanische Korkherstellung hat ihre Hauptsitze in Sevilla und Katalonien. Während aber früher die Korke fast alle in Spanien geschnitten wurden, ist die Korkschneiderei immer mehr in andere Länder ausgewandert. In grösstem Umfange wird sie gegenwärtig in England betrieben. Auch in Deutschland besteht eine ausgedehnte Korkindustrie. Der Hauptort der deutschen Korkverarbeitung ist allmählich das Städtchen Delmenhorst in Oldenburg geworden, wo neben der Korkschnitzerei die Verarbeitung von Korkabfällen zur Herstellung von Linoleum zu grossem Umfange gelangt ist. Einige andere Korkfabriken liegen im Erzgebirge, so in Raschau.

Die früher ausschliesslich herrschende Handarbeit ist immer mehr durch Maschinenarbeit verdrängt worden. Ein Arbeiter vermag mit der Hand täglich etwa 2000 Stöpsel zu schneiden, während eine Maschine stündlich 2400 Stück liefert. Feine Korke müssen aber auch heute noch mit der Hand geschnitten werden. Man kennt in

der Korkindustrie nach Güte und Grösse über 400 Arten von Stöpseln. Ihr Durchmesser schwankt zwischen 2 Millimeter Durchmesser für Parfüm- und Arzneiflaschen und 50 Millimeter für grosse Wein- und Ölfaschen. Man hat geschätzt, dass täglich auf der Erde 20 Millionen Flaschenkorke benötigt werden. Wichtig ist neben der Anfertigung von Stöpseln die von Scheiben, die in Blech- und Glashülsen eingelegt werden und ebenfalls zum Verschiessen von Gefässen dienen. Doch ist diesem Erzeugnis ein sehr starker Nebenbuhler in den Kautschukringen erwachsen.

Nach Deutschland wurden 1930 an unbearbeitetem Kork insgesamt 233 326 Doppelzentner im Wert von 6,5 Millionen Mark eingeführt. 207 000 Doppelzentner davon kamen aus Portugal, Spanien und Algier. Dr. B. Schmidt.

Was brachte die Leipziger Frühjahrsmesse?

Über die Leipziger Frühjahrsmesse 1931 ist in Nr. 11 der „Holzarbeiter-Zeitung“ ausführlich berichtet worden. Jetzt veröffentlicht das Institut für Konjunkturforschung und das Leipziger Messamt ihre Feststellungen über den Umsatz und die Absatzrichtung der Frühjahrsmesse. Auf Grund der Meldungen der einzelnen Aussteller kommen die genannten Institutionen zu folgendem Ergebnis:

„Im ganzen dürfte daher auch die diesjährige Frühjahrsmesse, obwohl ihr Gesamterfolg hinter dem des Vorjahres zurückbleibt, in beträchtlichem Umfange zur Belebung des Inlandsgeschäfts sowie zur Förderung des Exports beigetragen haben. Damit dürfte sie bei der jetzigen hohen Arbeitslosigkeit der besonders bedeutsamen Aufgabe, die Beschäftigung der verarbeitenden Industrie durch Absatzwerbung zu stützen, in hohem Masse gerecht geworden sein.“

Über die Möbelmesse wird u. a. folgendes berichtet: „Die Leipziger Möbelmesse gewinnt von Jahr zu Jahr an Bedeutung, wie die erneute Zunahme der Zahl der Aussteller und die beträchtliche Vergrösserung der Ausstellungsfläche zeigen. Der Besuch war sowohl aus dem Inlande wie aus dem Auslande gut. Die Aussteller gingen bei der augenblicklich sehr ungünstigen Lage zwar nur mit geringen Hoffnungen zur Messe, das Ergebnis fiel aber besser aus, als erwartet werden konnte. Der Handel trat aus seiner in den letzten Monaten geübten Reserve heraus und ergänzte teilweise seine Lager. Die Preise lagen nach den Berichten der Aussteller durchschnittlich um 14 Prozent, bei Korbmöbeln sogar um 19 Prozent niedriger als im Vorjahre. . . . Von den erteilten Messeaufträgen wurden durchschnittlich zwei Drittel durch Neuankunft erledigt. Die vorhandenen Lagerbestände wurden durch die Bestellungen um etwa 20 Prozent verringert. Der Einfluss der Messe auf die Beschäftigung der Betriebe war gegenüber dem Vorjahre erheblich geringer: doch rechnet fast die Hälfte der Aussteller mit einem nennenswerten Nachmessegeschäft.“

Diese Hoffnung hat in einer Reihe von Fällen nicht getragen, wie die Entwicklung des Beschäftigungsgrades mehrerer auf der Leipziger Messe vertretenen Möbelfabriken beweist. Das sind vornehmlich solche Unternehmungen, die Möbel für breitere Volksschichten herstellen und mit diesen auch auf der Frühjahrsmesse vertreten waren. Aber das waren nur wenige Firmen, wie wir in unserem Messebericht schon bemerkten. Auch dem Konjunkturinstitut und dem Messamt ist das aufgefallen, denn sie schreiben: „Es war auffällig, dass die ausgestellten Einrichtungen vielfach den knappen Raumverhältnissen der Neubauwohnungen nicht angepasst und dass verhältnismässig wenig einfache Zimmereinrichtungen ausgestellt waren.“

Der Hauptabnehmer der Möbelindustrie ist das arbeitende Volk. Solange die Unternehmer sich nicht auf dessen Wohnungsverhältnisse und Geldbeutel einstellen, solange werden die Betriebe über schlechten Absatz zu klagen haben. Das sollten endlich alle Möbelfabrikanten begreifen, besonders jene, die einen Namen haben und von denen die Öffentlichkeit weiss, dass sie ein gutes Stück Arbeit liefern.

Sanierung der Deutschen Werkstätten AG.

Die Deutschen Werkstätten AG. in Dresden-Hellerau waren vor längerer Zeit in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Jetzt wird berichtet, dass trotz des Verlustes von fast 900 000 Mk. eine Sanierung der Gesellschaft möglich sei. Der Generalversammlung wird vorgeschlagen, das Aktienkapital von 10 zu 1, von 1,4 Millionen Mk. auf 140 000 Mk. zusammenzulegen. Die Grossaktionäre haben diesem Vorschlag bereits zugestimmt. Das an dem Unternehmen stark beteiligte holländische Bankenkonsortium hat von seiner 1,5 Millionen Mk. betragenden Forderung 500 000 Mark gestrichen; weitere 590 000 Mk. bleiben auf fünf Jahre als Hypothek stehen. Durch Übergabe von auswärtigen Immobilien hat die Deutsche Werkstätten AG. mit dem holländischen Bankenkonsortium den alsdann noch verbleibenden Rest verrechnet, so dass die Gesellschaft alle Sicherheiten frei bekommt und ausser der hypothekarischen Belastung keinerlei Bankschulden mehr hat. Unter diesen Umständen ist zu hoffen, dass die Betriebe der Gesellschaft wieder in Gang kommen.

Neidhammel

Der Zentralverband der Bautischlermeister Berlins und die Vereinigten Verbände der Berliner Holzindustrie haben die grosse Deutsche Bauausstellung als Anlass genommen, um in einer grossen Kundgebung auf die Not des Berliner Holzgewerbes hinzuweisen. Zahlreiche Behörden sind der an sie ergangenen Einladung gefolgt, und es wird berichtet, dass über 600 Personen an der Kundgebung teilnahmen. Das Hauptreferat hielt der frühere Obermeister Paeth. Wir können seinen Ausführungen nicht in allen Punkten zustimmen. Aber die Tatsache ist unbestreitbar, dass sich das Berliner Tischlergewerbe in einer schweren Notlage befindet. Deshalb begrüssen wir es, dass der Versuch unternommen wurde, einflussreiche Kreise auf den Notstand hinzuweisen, und wir werden uns freuen, wenn dem Gewerbe durch Erteilung von Aufträgen geholfen würde.

Man sollte meinen, dass dies die Einstellung aller Angehörigen des Holzgewerbes sei, unbeschadet ihres sonstigen Verhältnisses zu den Veranstaltern der Kundgebung und den Rednern. Herr Haertlein, der Syndikus der Vabeho, denkt darüber anders. Er ist entrüstet, dass ihm sein intimer Gegner Paeth mit der Veranstaltung der Kundgebung zugekommen ist. Sachlich müsste er zwar viel weitergehend als wir mit Paeths Ausführungen übereinstimmen, aber das darf er doch nicht sagen. Er bemüht sich vielmehr in seiner Zeitschrift „Das deutsche Holzgewerbe“ die Bedeutung der Kundgebung herabzumindern, indem er in unschöner Weise auf Paeth herumhackt.

Es kann halt niemand aus seiner Haut heraus. Für den Syndikus Haertlein ist es aber charakteristisch, dass er auch bei einer so ernsten Angelegenheit, wie es die Notlage des Berliner Holzgewerbes ist, nur an sein persönliches Prestige denkt. Dass ihm Paeth mit seiner Kundgebung zugekommen ist, empfindet er als einen ihm angetanen persönlichen Schimpf, für den er sich rächen muss. Er tut es in einer Weise, die wir nicht gerade als rühmlich bezeichnen können.

Bleistiftfabrik Johann Faber

Der Geschäftsbericht der Bleistiftfabrik vorm. Johann Faber AG. in Nürnberg bringt nähere Angaben über die umfangreichen geschäftlichen Transaktionen, von denen wir bereits Notiz genommen haben. In den aus Konsum- zu Produktionsgebieten gewordenen Ländern wurden eigene Gründungen durchgeführt. Ende Mai 1930 wurde errichtet in Sao Carlos do Pinal (Staat Sao Paulo) zusammen mit den Besitzern der grössten brasilianischen Nationalfabrik, der Industrias do Lapis H. Fehr Ltda.; die „Lapis Johann Faber Ltda.“, von deren Kapital von 1500 Contos de Reis die Johann Faber AG. die überwiegende Majorität besitzt. Die neue Fabrik habe bisher die Erwartungen gerechtfertigt; sie soll der Gesellschaft den brasilianischen Markt erhalten.

An der Ende 1929 gegründeten Rumänischen Bleistiftfabrik AG. in Hermannstadt hat sich 1930 die Koh-i-noor Bleistiftfabrik L. & C. Hardtmuth mit 50 Prozent des Aktienkapitals beteiligt, der Verkauf der gemeinsamen Erzeugung ist den voneinander unabhängigen Verkaufsorganisationen vorbehalten, zu welchem Zwecke im Oktober 1930 die rumänische „Apollo Johann Faber S.-A. R. Sibiu“ gegründet worden ist; die Entwicklung der rumänischen Firmen sei zufriedenstellend.

Im laufenden Geschäftsjahre wurde in den Vereinigten Staaten eine Holdingfirma, die „Johann Faber Pencil Co. Inc.“ in Wilmington gegründet.

Von der Gründung der Dachgesellschaft, worüber in Nummer 23 der „Holzarbeiter-Zeitung“ berichtet wurde, heisst es, dass damit keine monopolistischen Ziele, sondern eine höhere Wirtschaftlichkeit erstrebt werde. Der Übergang zur modernen Fabrik habe die Produktionsfähigkeit der einzelnen Firmen gesteigert, so dass bei gleichbleibendem Konsum ein Überangebot entstehe. Durch die ständigen Neugründungen der letzten zehn Jahre sei eine Überkapazität eingetreten mit der Folge eines Wettrennens nach Aufträgen mit offenen und heimlichen Preisnachlässen und Unterbeschäftigung der Unternehmungen. Die Ausfuhr ist 1930 im Vergleich zum Vorjahre mengenmässig um 5800 Doppelzentner, das ist 19 Prozent zurückgegangen, wertmässig dagegen um 7,4 Millionen oder 22 Prozent gestiegen. Die Selbstkostenpreise lägen zum Teil erheblich über den Erlöspreisen. Daraus folgte der Drang zum Zusammenschluss, der die dauernde Beseitigung einer der wesentlichsten Ursachen der geringen Rentabilität verspreche.

Der Abschluss ergibt einen Reingewinn von 322 000 Mk. (gegen 490 000 Mk. im Jahre 1928 und 425 000 Mk. im Jahre 1929). Er erhöht sich durch den Vortrag auf 661 000 Mk. Die Dividende wurde wieder wie in den vorangegangenen Jahren auf 10 Prozent bemessen. Auf neue Rechnung wurden 323 000 Mark (im Vorjahre 346 000 Mk.) vorgetragen.

Holzschnitzschule in Berchtesgaden

Vor einiger Zeit hiess es, dass die Fachschule für Holzschnitzerei in Berchtesgaden wegen Geldmangels wahrscheinlich geschlossen werden müsste. Inzwischen hat der Bezirksausschuss Berchtesgaden die Einrichtungen der Schule eingehend besichtigt. Das Ergebnis ist die Meldung, die Erhaltung der Schule sei möglich, wenn die Gemeinden, die von der Existenz der Holzschnitzschule einen Nutzen haben, diese künftig finanziell besser unterstützen, als dies seither geschehen sei. Im Augenblick seien vor allem grössere Vorauszahlungen notwendig. In diesem Falle würde die Fachschule erhalten bleiben, und zwar in allen ihren Abteilungen, nämlich der eigentlichen Schnitzschule, der Schreinerei, Winterkurse für Bauhandwerker, Zeichenkurse für Handwerkslehrlinge und Zeichenkurse für Volksschüler vom Lande.



Aus der Internationale



Die jüdischen Holzarbeiter in Palästina

Vom Vorstand der Allgemeinen Organisation der jüdischen Arbeiter in Palästina erhalten wir den folgenden Bericht:

In Palästina sind heute etwa 1200 jüdische Holzarbeiter tätig; von ihnen etwa 400 in der Möbeltischlerei, 450 als Bautischler; der Rest bei Verschaltungsarbeiten, als Mechaniker usw. 70 Prozent arbeiten in Fabriken und Werkstätten, der Rest in genossenschaftlichen Baubetrieben. Rund 800 (65 Prozent der Holzarbeiter) sind in den der „Allgemeinen Organisation der jüdischen Arbeiter Palästinas“ angeschlossenen Holzarbeitergewerkschaften organisiert; in Tel-Aviv 320, in Jerusalem 200, in Haifa 216; der Rest in den Pflanzungskolonien und kleineren Orten.

Infolge der lebhaften Bautätigkeit in den letzten Jahren war die Lage in Tel-Aviv sowohl in der Bau- wie in der Möbeltischlerei nicht schlecht. Im Jahre 1929 konnte der Verband dazu schreiten, eine allgemeine Bewegung zur Erhöhung der Löhne durchzuführen; so konnte in der grössten Möbelfabrik, die in der letzten Zeit 130 Arbeiter beschäftigte und die erfolgreiche Aufträge in Konkurrenz mit dem Ausland durchzuführen in der Lage war, der Lohn für einen Teil der Arbeiter 1929 um 5 bis 8 Prozent und 1930 wieder um 10 Prozent erhöht werden, für alle Arbeiter im Durchschnitt um 8 bis 10 Prozent.

In der Fabrik (wie an den sonstigen Plätzen) besteht ein gewählter Betriebsrat; die Betriebsleitung leistet Beiträge zur Krankenkasse der Arbeiterschaft, trotzdem sie gesetzlich nicht dazu verpflichtet ist. Möbeltischler ersten Grades erhalten 325 bis 450 Mil pro Tag (100 Mil = 2 englische Schillinge); Tischler zweiten Grades 250 bis 300 Mil, Tischler dritten Grades 175 bis 225 Mil; einzelne Facharbeiter bis zu 500 und 550 Mil. Ähnlich ist die Lage in den übrigen grösseren Betrieben der Möbeltischlerei.

In der Bautischlerei bestehen mehrere Produktivgenossenschaften, die Arbeiten in eigene Regie übernehmen, grösstenteils für Rechnung städtischer Behörden. Der Arbeitslohn beträgt in diesen Gruppen im Durchschnitt 6 bis 8 Pfund Sterling monatlich, teilweise auch mehr. Die Arbeitszeit beträgt acht Stunden; in den kleineren Werkstätten ist die Lage etwas schlechter. Hier ist auch die Organisationsarbeit viel schwieriger. Die Verschaltungsarbeiter sind in einer besonderen Fachsektion organisiert und sind in Gruppen zwecks Übernahme der Arbeit zusammengeschlossen; 90 Prozent dieser Arbeiter sind organisiert. Der Tagelohn beträgt hier 400 Mil, der Akkordlohn 350 bis 450 Mil.

In der Gewerkschaft bestehen Fachgruppen für Möbel-, Bau- und Verschaltungsarbeiter, die in Versammlungen und Besprechungen die Arbeitsbedingungen des ganzen Gewerbes regulieren; ein besonderer Sekretär leitet die Arbeit des Verbandes, wie auch in den übrigen Städten. Unter den dringenden Aufgaben der nächsten Zeit sind zu verzeichnen: Organisierung der Arbeiter der kleineren Werkstätten, Ausbau der Kooperativen, denen besondere Bedeutung für das Gewerbe zukommt; Festsetzung von Landestarifen, Verstärkung der kulturellen Tätigkeit und Organisierung der Sektion der Arbeiterjugend.

Im Jerusalemer Verband sind 125 Tischler und 75 Verschaltungsarbeiter organisiert; ausserdem besteht eine Jugendsektion mit 40 Mitgliedern. Infolge der besonderen Schwierigkeiten, die in Jerusalem bestehen (Existenz zahlloser kleiner Werkstätten an entlegenen Punkten der Stadt), dürften etwa nur 50 Prozent der Tischler organisiert sein; auch die Arbeitsbedingungen sind infolgedessen ebenfalls im Vergleich schlechter als in Tel-Aviv. In vielen kleinen Werkstätten arbeiten Meister mit einzelnen Lehrlingen, die 100 bis 150 Mil und auch weniger verdienen. An

den grösseren Arbeitsplätzen sind die Arbeiter gut organisiert.

Die Löhne der Verschaltungsarbeiter wurden vom Verband folgendermassen festgesetzt:

- Gruppe I: 500 Mil (nach 3jähriger Arbeit),
 - „ II: 425 „ („ 1 1/2 „ „),
 - „ III: 350 „ („ 1/2 „ „).
- Lehrlinge: 250 bis 300 Mil.

Ein Streik in einer der grösseren Werkstätten, die 52 Arbeiter beschäftigt, brach am 5. Mai aus, da die Unternehmer sich weigerten, einen Teil der in dem bisher bestehenden Kollektivvertrag festgelegten Bedingungen (Zahlung des Arbeitgeberbeitrages an die Krankenkasse sowie Aufrechterhaltung des Prinzips, Arbeiter nur in bestimmter Reihenfolge mit ausreichender Begründung zu entlassen und die Frage in Streitfällen einem Schiedsgericht zu übertragen) bei Erneuerung des Vertrages wiederum anzuerkennen. Der Streik konnte nach zwölf Tagen erfolgreich beendet werden.

Der Verband beteiligt sich intensiv an der Arbeit der Jugendsektion; es existiert eine grössere Lehrlingswerkstätte der „Alliance Israélite Universelle“, in der die Lehrlinge anfänglich 300 Mil die Woche und, gradweise aufsteigend, bis 750 Mil die Woche nach zwei Jahren, von da an 150 Mil pro Tag bis 2 1/2 Jahre und von da an 200 Mil pro Tag erhalten.

Von den 216 Mitgliedern des Verbandes in Haifa sind 97 Verschaler, der Rest Bau- und Möbeltischler. Die Verschaler sind grösstenteils organisiert; die Werbung unter den Tischlern ist schwieriger, da viele in kleinen Werkstätten tätig sind. Die Löhne sind denen von Tel-Aviv ähnlich. Es existieren zwei Kooperativen und mehrere genossenschaftliche Gruppen zur Übernahme von Arbeiten in eigene Regie. Die Arbeitszeit beträgt 8 bis 9 Stunden.

Im Lande sind auch mehrere hundert arabische Tischler tätig, die aber zumeist in handwerklichen Betrieben arbeiten, während der grösste Teil der jüdischen Arbeiter in mechanischen Werkstätten und modernen Fabriken beschäftigt ist. Dementsprechend sind natürlich die Arbeitsbedingungen der arabischen Arbeiter bedeutend schlechter als die der jüdischen. E. Kaplan.

Die Arbeitslosigkeit in Belgien

Unter der Last der ungeheuren Arbeitslosigkeit, die sich in Deutschland so verheerend auswirkt, leiden auch unsere Kollegen in anderen Ländern. Auf der am 31. Mai in Brüssel abgehaltenen Branchenkonferenz der im Belgischen Bau- und Holzarbeiter-Verband organisierten Holzarbeiter war das Problem der Arbeitslosigkeit der wichtigste Gegenstand der Beratung.

Der Belgische Bau- und Holzarbeiter-Verband umfasset die Arbeiter einer grossen Zahl von Berufen; von ihnen ist die Holz- und Möbelbranche am schwersten von der Weltwirtschaftskrise betroffen. Während normalerweise nur 2 Prozent der gegen Arbeitslosigkeit versicherten Angehörigen dieser Berufe unterstützungsbedürftig sind, betrug der Prozentsatz im August 1930 7,06 und im Februar 1931 gar 27,06. Ende April waren von den versicherten Holzarbeitern in Belgien immer noch 22,75 Prozent arbeitslos.

Trotz der grossen Arbeitslosigkeit wird der Achtstundentag besonders in den Kleinbetrieben häufig überschritten, und in der Heimarbeit ist die Arbeitszeit ganz unregelmäßig. Die Löhne sind seit Anfang 1930 um durchschnittlich etwa 5 Prozent zurückgegangen. Die Lohnherabsetzungen wurden mit der rückläufigen Bewegung der Messziffer der Lebenshaltungskosten begründet, die in derselben Zeit um 9,9 Prozent sank. Einige Streiks, vor allem im Möbelerwerb in Mecheln, mussten durchgeführt werden, um einschneidendere Kürzungen abzuwehren. Ende April dieses Jahres betrug der Mindeststundenlohn 6,75 Franken in Brüssel und Antwerpen; 6,40 Franken in

Lüttich; 6,25 Franken in Gent; 6,15 Franken in Mecheln und Kortrik und 5,75 Franken in Ath, Grammont und Alost. Die Streikbewegung wurde durch die grosse Arbeitslosigkeit erschwert, besonders weil es noch viele Unorganisierte gibt und diese keine Unterstützung bekommen, da in Belgien eine obligatorische Arbeitslosenversicherung nicht besteht.

Die Branchenkonferenz sprach sich einmütig dahin aus, dass der Rückgang der Messziffer der Lebenshaltungskosten kein berechtigter Grund für einen Lohnabbau sei. Vielmehr sei weitere allmähliche Erhöhung geboten, damit die Spanne zwischen den belgischen Löhnen und denen in den umliegenden Ländern, vor allem Holland und Deutschland, endlich überbrückt wird. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur allgemeinen Hebung der Lage im Holzgewerbe stellte die Konferenz eine Reihe von Forderungen auf: Regelung und strikte Überwachung der Heimarbeit; strengste Durchführung des Achtstundentags und Abschaffung aller Überstundenbewilligungen; Einführung einer staatlichen, durch Beiträge der Arbeiter, der Unternehmer und des Staates gespeisten obligatorischen Arbeitslosenversicherung; keine weiteren Lohnkürzungen, sondern Stärkung der Kaufkraft der Holzarbeiter mit allen Mitteln; Einführung der 40-Stunden- bzw. Fünftagewoche; Durchführung der vom IGB. und der SAL aufgestellten Richtlinien zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Für die Durchführung dieser Forderungen soll eine rege Propaganda entfaltet werden, die zugleich zur Stärkung der Organisation dienen soll.

Möbelarbeiter in Norwegen

Auf dem in den Tagen vom 1. bis 4. April in Oslo abgehaltenen Kongress des Norwegischen Möbelarbeiter-Verbandes konnte berichtet werden, dass in den vier Jahren seit dem letzten Kongress die Mitgliederzahl von 1037 auf rund 1800 gestiegen ist; es sind aber immer noch rund 50 Prozent der Kollegen unorganisiert; sie sollen durch intensive Werbetätigkeit gewonnen werden.

Die Arbeitslosigkeit im norwegischen Möbelerwerb hat sich im letzten Jahre in verhältnismässig erträglichen Grenzen gehalten. Der durchschnittliche Prozentsatz der Vollerwerbslosen betrug 15, der der Kurzarbeiter nur 2.

Bemerkenswert ist der Beschluss, den Namen der Organisation zu ändern. Der Verband umfasst ausser Möbelarbeitern und Tapezierern auch Holzwaren-, Kisten- und Skiarbeiter. Um die Werbetätigkeit unter diesen letzteren zu erleichtern, beschloss der Verbandstag, den Verbandsnamen in „Holzindustriearbeiter-Verband“ umzuändern.

Die Altersunterstützung im Niederländischen Möbelarbeiter-Verband

Auf dem Verbandstag des Allgemeinen Niederländischen Möbelarbeiter-Verbandes, über den wir in Nummer 26 der „Holzarbeiter-Zeitung“ berichtet haben, wurde auch die Einführung einer Altersunterstützung beschlossen. Nach dem gefassten Beschluss erhalten zu der staatlichen Altersrente von 3 Gulden pro Woche alle invaliden Mitglieder, die die Altersgrenze von 65 Jahren erreicht haben, einen Zuschuss von 2 Gulden pro Woche nach einer Mitgliedschaftsdauer von 25 Jahren, 2,50 Gulden nach einer Mitgliedschaftsdauer von 30 Jahren und 3 Gulden nach einer Mitgliedschaftsdauer von 35 Jahren. Besondere Beiträge werden nicht erhoben, doch sollen von den bisherigen Beiträgen 5 Cents pro Woche dem Fonds zugeführt werden, während die Hauptkasse als Grundkapital 50 000 Gulden beisteuern soll. Die neue Einrichtung wird am 1. Januar 1932 in Kraft treten.

Der Allgemeine Möbelarbeiter-Verband hat seine Mitgliederzahl in den letzten drei Jahren von 4955 auf 6366 gesteigert. Sein Vermögen ist auf 410 000 Gulden gestiegen.

Wiederaufbau in Finnland

In Finnland ist man dabei, die gewerkschaftliche Organisation wiederaufzubauen. Das an Seen und sonstigen Naturschönheiten reiche Land liegt zwischen der skandinavischen Halbinsel und Russland. Auf einer Fläche, die etwa zwei Fünftel der Grösse Deutschlands entspricht, leben nur 3 1/2 Millionen Menschen. Finnland war lange Zankapfel zwischen Schweden und Russland. Als es im Jahre 1809 von den Russen erobert wurde, erkannten die Eroberer die Verfassung des damaligen Grossfürstentums an. Das konstitutionelle Finnland bildete gewissermassen eine Oase in dem absolutistisch regierten Russland. Gegen die Ende des vorigen Jahrhunderts schärfer einsetzenden Versuche, Finnland zu russifizieren, führte die Bevölkerung des Landes einen heroischen Kampf. Durch die russische Revolution im Jahre 1917 errang auch Finnland seine Unabhängigkeit. Aber dann setzte ein äusserst blutiger Bürgerkrieg ein. Er endete mit dem Siege der „Weissen“ unter dem General Mannerheim.

Die kommunistische Propaganda, von Moskau stark gefördert, erzielte in der Folge unter der Arbeiterschaft beachtliche Erfolge. Sie machte sich auch in den Gewerkschaften breit, und es kam zu Spaltungen. Die engen Beziehungen zwischen den finnischen Kommunisten und den Machthabern in Moskau wurden von den herrschenden Gewalten in Finnland als landesverräterisch empfunden, und sie führten zur Unterdrückung der kommunistischen Organisationen und der kommunistisch geleiteten Gewerkschaften. Nuncmehr geht man in Finnland daran, die Gewerkschaftsbewegung neu aufzubauen. Im Rahmen dieser Aufbauaktion fand am 24. und 25. Mai in Helsingfors der Gründungskongress des neuen Holzarbeiter-Verbandes statt.

An der Tagung nahmen 44 Delegierte aus 46 Ortsgruppen teil. Als Gäste waren Vertreter der Holzarbeiterorganisationen der anderen skandinavischen Länder erschienen; als Vertreter der Internationalen Union der Holzarbeiter Martin Petersen aus Kopenhagen, der Leiter des Skandinavischen Holzarbeiter-Sekretariats. In Zusammenarbeit mit den Vertretern einiger Holzarbeitergruppen in Helsingfors hatte die Leitung der Gewerkschaftszentrale Statuten und Vorschläge für den zu bildenden Verband ausgearbeitet, die schliesslich auch angenommen wurden. Danach soll der neue Verband alle Zweige des Holzgewerbes umfassen, von den Wald- und Flössereiarbeitern sowie Sägewerksarbeitern bis zu den Arbeitern in sämtlichen Branchen der eigentlichen Holzverarbeitungsindustrie. Auch die Tapezierer beabsichtigt man in dem Holzarbeiter-Verband zu organisieren. Dagegen sollen die Bauholzarbeiter nach dem aufgestellten Plan dem ebenfalls neugebildeten Bauarbeiter-Verband angehören.

Der neue Verband beginnt seine Tätigkeit mit etwa 2000 Mitgliedern. Der Verbandsbeitrag wurde auf 1 Prozent des Wochenverdienstes festgesetzt. Der frühere Holzarbeiter-Verband hatte bereits 15 000 Mitglieder, und die Zahl der Holzarbeiter in Finnland wird auf 50 000 geschätzt. Zum Vorsitzenden des Verbandes wurde der Klavierarbeiter Johann Vertonen gewählt. Einstimmig und unter grosser Begeisterung wurde der Anschluss des neuen Verbandes an die Internationale Union der Holzarbeiter und das Skandinavische Holzarbeiter-Sekretariat beschlossen.

Die Löhne der finnischen Holzarbeiter sind im Vergleich zu den Löhnen in den übrigen skandinavischen Ländern niedrig. Stundenlöhne von 8 bis 9 finnischen Mark (eine finnische Mark hat etwa den Wert von 10,5 Reichspfennig) für gelernte Arbeiter sind nicht selten. Lebensmittel und Kleidung sind in Finnland etwas billiger als in den drei anderen skandinavischen Ländern, dagegen stehen die Mieten im allgemeinen auf der gleichen Höhe.



Unterhaltung und Wissen



Die Narren des Zaren

Von Gregor Jarcho

(Fortsetzung)

Sehr nett war der Einfall Balakirews, der ihm zu einem kleinen Dorf und Gut verholpen hatte.

Eines Tages veranstaltete der Zar eine Falkenjagd. Zu dieser Jagd erschien auch Balakirew, aber nicht mit einem Falken, sondern mit einer Krähe. Der Zar lachte ihn aus, aber Balakirew meinte:

„Lach nicht, Piotr Alexejitsch, mit einer Krähe krieg' ich mehr als du mit deinem Falken.“

„Wieso denn das?“ fragte der Zar.

„Das wirst du schon sehen. Versprich mir nur, dass alles, was meine Krähe erbeutet, mir gehören soll.“

„Bitte! Gern!“ Der Zar versprach es ihm.

Die Jagd war sehr erfolgreich, aber Balakirews Krähe fing natürlich nichts; zumal er sie überhaupt nicht von der Faust liess. Als man jedoch gegen Abend die ersten Häuser eines Dorfes erreicht hatte, liess er seine Krähe plötzlich auffliegen, und sie setzte sich sofort auf ein Dach. Der Narr zwang sie mit Steinwürfen, das Dach zu verlassen. Sie flog aufs nächste Dach über. Balakirew trieb sie erneut fort. In dieser Weise ging die sonderbare Jagd weiter, bis die Krähe auf allen Dächern des Dorfes ein Weilchen gesessen hatte. Als sie sich auf das letzte niederliess, brach der Narr in ein Freudengeschrei aus.

„Mein, mein!“ brüllte er.

„Was ist dein?“ fragte der Zar.

„Dieses Dorf da!“ erwiderte Balakirew. „Du wirst doch wohl Wort halten, Väterchen, meine Krähe hat doch jedes Haus in den Krallen gehabt!“

Alle mussten sehr lachen, aber von Stund an gehörte das Dorf Balakirew.

Einer seiner letzten Streiche galt einem Verwaltungsbeamten, der es mit fiskalischem Eigentum nicht so genau nahm.

Eines Tages erschien Balakirew vor dem Zaren und erklärte ihm, dass ihn nichts mehr freute und dass er endlich einen höheren Rang haben müsste.

„Ich möchte auch einmal Zar sein!“ sagte er. „Und wenn ich nur der Zar der Fliegen wäre!“

Peter, der einen Streich vermutete, willigte sofort ein und erhob den Narren in den von ihm gewünschten Stand. Balakirew erhielt ein kaiserliches Schreiben über seine Ernennung zum Zaren aller Fliegen.

Einige Tage später gab es beim Zaren ein Galaessen, zu dem auch der diebische Würdenträger eingeladen war. Balakirew, der hin und her lief und in seiner Eigenschaft als Fliegenzar Fliegen fing, trat plötzlich an diesen Würdenträger heran und schlug ihm mit der Fliegenklatsche auf die Glatze.



„Was soll das?“ rief Peter entrüstet.

„Nichts Besonderes, lieber Zar!“ entgegnete Balakirew. „Einer der mir untertänigen Fliegen hat es gewagt, sich an deinen Vorräten zu bereichern, und da habe ich sie eben auf der Glatze seiner Gnade hingerrichtet.“

Der Würdenträger wurde feuerrot, der Zar aber verstand den Wink und entzog ihm bald darauf seine Ämter.

Das sind einige Proben Balakirewscher Streiche, die, wollte man sie alle auf-

zeichnen, gut ausreichen würden, um einen dicken Band zu füllen.

Die Erinnerung an Balakirew hat sich im russischen Volke festgewurzelt und gut erhalten. Er ist der volkstümlichste unter den Narren des Zaren.

*

Der seiner Bedeutung nach zweitwichtigste Narr Peters war Jan d'Acosta, der wahrscheinlich aus Portugal stammte. Importiert wurde er nach Russland allerdings aus Hamburg, wo er sich als Rechtsanwalt betätigt hatte. Schon kurze Zeit nach seinem Auftauchen in Petersburg wurde d'Acosta zum ersten Hofnarren ernannt, geadelt, zum Grafen erhoben und mit einer kleinen unbewohnten Insel im Finnischen Meerbusen belehnt. Auch sonst muss gesagt werden, dass d'Acosta unter den Hofnarren Peters der tüchtigste war, d. h. derjenige, der aus seiner Stellung den meisten Nutzen zu ziehen verstanden hatte. Trotz seiner Habgier war er der Philosoph des Hofes, und seine Philosophie liebte er fast noch mehr als seine Honorare.

Dass d'Acosta nach seiner Einbürgerung in Russland auch der Landeskirche beitrug, wird keinen, der sich die damaligen Verhältnisse am russischen Hofe vorstellen kann, wundernehmen. Als Philosoph aber stand d'Acosta über den Dögmen und kümmerte sich wenig um die von der Kirche vorgeschriebenen Riten. Eines Tages passierte es ihm, dass er, nachdem er im Dome eine Kerze vor das Bild des Erzengels Michael gestellt hatte, eine zweite gerade zu Füßen des auf demselben Bild dargestellten Teufels postierte. Ein Priester machte ihn auf seinen Irrtum aufmerksam. d'Acosta lächelte und erwiderte:

„Schadet nichts, warum soll man sich nicht auch in der Hölle Freunde schaffen? Weiss man denn, wohin man kommt?“

Man nahm es ihm übrigens übel, dass er das Ritual so wenig beherrschte. Als ihm sein Beichtvater darüber Vorwürfe machte, blickte er mit der unschuldvollsten Miene zu ihm auf und meinte:

„Als ich mich umtaufen liess, sagte man mir, dass ich nach der Taufe so rein sein würde wie ein neugeborenes Kind. Stimmt das?“

„Natürlich!“ erwiderte der Beichtvater. „Nun, es sind doch erst sechs Monate seit meiner Neugeburt, Hochwürden“, versetzte d'Acosta. „Was können Sie schon von einem unmündigen Kindchen verlangen?“

Das Gesicht des Geistlichen soll daraufhin einen nicht gerade geistreichen Ausdruck angenommen haben. (Schluss folgt)

Proletarier des Films

Bedenke immer, wenn du ins Kino gehst: nicht der Star ist der Film! Lass dich nicht berauschen von märchenhaften Filmkarrieren, sie sind Lügen des Kapitals! Das Lächeln des Stars ist nur eine Maske, die über das Elend des Filmproletariats, des Komparsen, hinwegtäuschen soll. Der Komparsen ist unbekannt, namenlos; er leuchtet nur für ein paar Sekunden über die Leinwand und — ist für unbestimmte Zeit entlassen. In Berlin fristen etwa 12 000 Menschen ganz oder nur teilweise ihr Leben als Filmkomparsen. Davon erhalten bei besonders guten Aufnahmetagen vielleicht 200 Arbeit. Die übrigen warten Tage, Wochen, Monate ohne Erfolg. Die Hoffnung, einmal doch entdeckt zu werden, wie so viele grosse Stars, zwingt sie, weiter zu hungern und weiter zu warten.

An der Filmbörse hungern sie herum, um für 15 oder 20 Mk. ihr Schicksal zu verkaufen. Es befällt einen Beklemmung, wenn man diese Räume betritt. Hunderte von Menschen, zusammengepfercht, warten auf das Glück. Dicker Zigarettenrauch lagert über dem Saal. Selten dringt ein Frauenlachen durch, manchmal ein Witz, öfter ein Fluch. Überall aufgemachte Eleganz, Lumpen und Halbseide, geschminkt und gepudert. Ein Markt der Gesichter und der

Typen. Männer im besten Alter, Charakterköpfe, Liebhaber, Apachen, Prinzen, Proleten, Mädchenhändler und Heilige. Alles, was der Film-begehrt. Jedes Alter, jeder Beruf ist vertreten. Männer, Frauen, Kinder, alle haben nur den einen Wunsch: ein paar Mark zu verdienen. Sich für 15 Mk. zu verkaufen. Ist man glücklicher Besitzer eines Fracks, dann darf man sich auch für 30 Mk. verkaufen. „Haben Sie 'n Frack?“ — „Nein.“ — „'n Smoking?“ — „Nein.“ — „Schön, machen Sie also 'nen russischen Bauern!“

Mitten im See

Mitten im See, in den blaugrünen Wellen,
Träumt ein harmonischer Farbenfleck.
Knorrige Bäume umsäumen der hellen,
Blumigen Wiesen buntes Gedeck.

Altsgeschwärtzte Klostermauern
Scharren sich um den Zwiebelturm.
Putzige Fischerhäuschen kauern
Dicht beisammen wie Schiffelein vorm Sturm.

Silbermöwen rasten auf Kähnen,
Die sich schaukelnd harren der Fahrt.
Wettergebräunte Burschen lehnen
Drunten am Steg, der ins Wasser starrt.

Ringsum plätschert der See vor Wonne.
Was er uns wohl erzählen mag?
Sicher weiss es die schmunzelnde Sonne
Oder gar das Vöglein im Hag.

Doch leb wohl, du idyllische Insel!
Weiter geht's in die laute Welt.
Möcht' dich studieren mit Stift und Pinsel;
Aber eines fehlt mir: Das Geld!

Marie Schütz

Hätte ich einen Frack oder Smoking besessen, dann wäre ich Lebemann in einer Bar geworden, hätte im gutgeheizten Atelier gespielt und nicht im Freien bei einer Temperatur von minus 7 Grad auf einem Gutshof frieren müssen.

Der Aufnahmeleiter erscheint. Die Frauen richten ihre Haare, zeigen ihre Beine, lachen laut und kokett. Die Männer zupfen an ihren Krawatten und rücken ihre Bügelfalten wieder zurecht. Sie lächeln... Und das ist furchtbar. Denn sie haben Hunger... aber sie lächeln. Aber der Aufnahmeleiter braucht heute nur drei Apachen und drei Heilige. Sie werden prompt geliefert. Wieder nichts für soundso viele. Enttäuschte Hoffnungen, und das heisst warten und immer wieder warten.

Die allermeisten sitzen hier schon jahrelang. Sie hoffen nicht mehr, sie trauern auch nicht, sie sind stumpf geworden. Es sind armselige Menschenkinder, Arbeitslose, Proletarier, vom Schicksal und der Gesellschaft Ausgebeutete. Wer mit ihnen zusammengekommen ist, weiss, dass es zum geringsten Teil Abenteuer oder Nichtstuer sind, sondern Wartende... Hoffende... Stiefkinder des Glücks. Wollte einer die Schicksale dieser Menschen erzählen, es gäbe ein Buch von erschütternder, aufrüttelnder Grauenhaftigkeit, ein Buch, dessen letzter Refrain immer mit demselben Wort enden würde: „stellungslos“... Sie fühlen kaum noch, dass sie Ware sind, Ware um jeden, auch den niedrigsten Preis. Sie setzen ihr Leben aufs Spiel für eine Scheinwelt, sie riskieren ihr Leben, um ihr Leben fristen zu können.

Wusstest du das alles? Weiss dein Freund das? Erzähle es ihm, damit auch er diesen abgeschminkten Filmkapitalismus erkennt. Seht euch den Film mit anderen Augen an, berauscht euch nicht an dem süßen Gesicht und den fabelhaften Kleidern des Stars, sondern achtet auch auf die Züge der Komparsen, und ihr werdet das ganze Elend dieser Filmproletarier finden. Film ist nicht nur Glanz, Karriere und Luxus. Ausbeutung ist auch hier die treibende Kraft. Auch die Filmwelt schuf die sozialen Unterschiede: Stars und Komparsen, Satte und Hungernde. Mawein.

Wenn der Wald stirbt...

Wer hat nicht schon einmal im Leben die wohlthuende, nervenstärkende Ruhe und Einsamkeit des Waldes empfunden? — Wohl nur die Ärmsten der Armen, die ein unglückliches Geschick dazu verurteilt hat, ihr Leben in Krankenhäusern, Krüppelheimen, Irrenanstalten oder anderen Unterkünften menschlicher Gebrechen zuzubringen. Sie allein wissen nichts von der heilsamen Wirkung des Waldes, die wir Grossstadtmenschen leider auch immer seltener zu spüren bekommen. Ja, es gibt kaum etwas, das in seiner Art schöner und geheimnisvoller ist als der Wald. Nur das Meer mit seinen glitzernden Wellen, seinem Rauschen und seiner Unendlichkeit übertrifft ihn. Immer weiter entrückt man dem Städter seinen liebsten, besten und gesündesten Aufenthalt, den Wald. Überall wird gerodet und abgeholzt; denn Geschäft ist Geschäft. Gerade jetzt ist man wieder dabei, die Schönheit der Natur dem schönen Mammon zu opfern. In den Schneidemühlen ist Hochbetrieb; denn tagtäglich treffen neue Sendungen eben erst gemordeter Bäume ein. Unsere Wälder lichten sich mehr und mehr, aber niemand kümmert sich darum. Wo soll das hinführen?

Je dunkler und dichter ein Wald ist, um so schöner ist er. Auf seinen verschlungenen Pfaden wird einem eigenartig zumute. Merkwürdige Geschichten von Zwergen, Elfen, Irrwischen und anderen geisterhaften Bewohnern des Waldes fallen uns ein. Dort ist eine Stelle, die ganz so aussieht, als ob hier des Abends, wenn die Nebel langsam aufsteigen, Elfen und Irrlichter ihr geheimnisvolles Wesen treiben. Wehe dem armen Wanderer, der sich, des Weges nicht kundig, hierher verirrt; rettungslos ist er verloren; denn ohne Erbarmen zieht das unheimliche Moor ihn hinab in die Tiefe. Wie viele mögen hier schon versunken sein? —

Nach einigen wenigen Schritten hat man die Lichtung erreicht; kreuz und quer liegen die schon geschlagenen, schlanken Tannen und Kiefern umher. Nur wenige Bäume sind noch stehengeblieben; es ist ein tröstloser Anblick. Von irgendwo tönt das Krachen von Äxten und das monotone Knirschen der Sägen. Die weihevollte Stille des Waldes ist zerstört; wir erwachen aus unseren Träumen, blicken nervös nach der Uhr und stellen fest, dass wir uns verspätet haben. G. B.

Wie wird man schwindlig?

Wenn sich so viele Menschen beim Herabsehen von einem erhöhten Standort eines Gefühls des Schwindels nicht erwehren können, so ist der Grund dafür nicht etwa in der Furcht des Abstürzens zu suchen. Das Schwindelgefühl ist vielmehr darauf zurückzuführen, dass das Auge zwei Dinge in einem Brennpunkt zu vereinigen sucht: die darunterliegende Landschaft und den Rand des Geländers oder des Mauersimses, an dem der Beschauer steht. Die gleiche Sehstörung entsteht, wenn die Augen die Fähigkeit verloren haben, sich aus irgendeinem Grunde, beispielsweise bei gewissen Vergiftungsfällen, auf einen Punkt zu konzentrieren. Seltsamerweise haben aber viele Beobachter die Erfahrung gemacht, dass nur wenige Personen schwindlig werden, wenn sie aus einem Flugzeug heruntersehen, obgleich sie sich dabei in viel grösseren Höhen befinden als vor irgendeinem Abgrund. Das Ausbleiben des Schwindelgefühls dürfte auf den Umstand zurückzuführen sein, dass das Auge des Fliegenden nichts weiter sieht als die unter ihm befindliche Erde. Die Augen ruhen auf einem festen Punkt und werden deshalb nicht abgelenkt. Wenn jedoch jemand aus dem Flugzeug in der Tiefe die Mauer eines Turmes, auf dem ein Mensch steht, erblickt oder den jäh abfallenden Weg, der von einem Berg ins Tal führt, so tritt sofort die Sehstörung ein und damit auch der Schwindelanfall.

Bücher und Zeitschriften

Tariffrecht auf der Grundlage der Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts. Von Dr. Franz Neumann. Verlag Deutscher Bauwerksbund (N. Bernhard). — Das Tariffrecht ist eine Errungenschaft der nachrevolutionären Zeit. Das alte Arbeitsrecht kannte den Tarifvertrag überhaupt nicht. Die gesetzlichen Bestimmungen, die das Tariffrecht begründen, sind aber sehr spärlich; in der Hauptsache gründet sich das Tariffrecht auf die Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts. Bei der grossen praktischen Bedeutung des Tariffrechts ist die Herausgabe dieses Buches sehr zu begrüssen. Es behandelt alle Streitfragen des Tariffrechts, die bisher vor dem Reichsgericht erörtert wurden in klarer und eindeutiger Weise. Der handliche Band dürfte sich bald als unentbehrlicher Ratgeber für jeden erweisen, der mit der Schaffung oder der Durchführung von Tarifverträgen zu tun hat. Das Buch ist vom Deutschen Bauwerksbund herausgegeben. Um es auch den Mitgliedern der übrigen Gewerkschaften zugänglich zu machen, hat die Verlags-Gesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Auslieferung für den Buchhandel übernommen. Der Ladenpreis beträgt 4,50 Mk., für Gewerkschaftsmitglieder 3,50 Mk.

Geschichte des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands. Von Viktor Fr. Schredinger. Erster Band. Energie-Verlag GmbH, Berlin (H. Klebe). — Eine neue Gewerkschaftsgeschichte. Der vorliegende erste Band enthält allerdings noch nicht viel von der Geschichte des Verbandes,

er ist vielmehr der Geschichte des Berufs der Maschinisten und Heizer gewidmet. Der Verfasser gibt eine ausführliche Darstellung von der Erfindung und der Entwicklung der Dampfmaschine und ihrer Vorläufer und er behandelt dann weiter den Ausbau, den die Erfindung von James Watt erfahren hat. Die zahlreichen Verbesserungen und Vervollkommnungen der Krafterzeugungsmaschinen und die mächtigste Entwicklung der Energiewirtschaft. Ein besonderes Kapitel ist der Soziologie des Berufs gewidmet. Der Maschinist, der es verstand, die oft riesigen Untertanen zu beherrschen, wie sie in der Jugendzeit der Maschinenentwicklung als Kraftquellen gebaut wurden, wurde von seinen Mitmenschen als Wundermann angestarrt; er stand an der Spitze der in einem Unternehmen tätigen Arbeiter und Angestellten und wurde entsprechend bezahlt. Der Maschinist, der die damals noch recht unvollkommenen Kraftmaschinen bediente, beherrschte eine Menge Kunstgriffe und mancherlei Geheimnisse, die er sorgfältig vor seinen Berufskollegen verbarg. Daher dauerte es auch ziemlich lange, bis sich unter den Maschinisten das Solidaritätsgefühl entwickelte, das dann zur Gründung der gewerkschaftlichen Organisation führte. Diese war aber auch um so notwendiger, als mit der Verbesserung der Maschinen und ihrer Vermehrung der Nimbus, der den Maschinisten früher umgab, verschwand. Die Darstellung der Geschichte der Organisation, die mit dem zu Anfang des Jahres 1893 ins Leben getretenen Zentralverband begann, ist einem weiteren Bande des Werkes vorbehalten.

Abrüstung oder Kriegsvorbereitung? Von K. L. Oertzen. Mit einem Geleitwort von Graf

v. Bernstorff. Berlin, Zentralverlag GmbH. — Die 124 Seiten starke Broschüre ist dem Nachweis gewidmet, dass der Entwurf der Vorbereitenden Abrüstungskommission, welcher der Anfang Februar nächsten Jahres in Genf zusammen tretenden allgemeinen Abrüstungskonferenz zur Beschlussfassung vorgelegt wird, für Deutschland unannehmbar ist, weil er Deutschland auch weiter aus dem Kreise der vollberechtigten Nationen ausschliesst.

Stein. Ein Führer zum neuen Reich. Lebensbild für das deutsche Volk. Verlag Gutenberghaus GmbH, Berlin. — Aus Anlass der 100. Wiederkehr seines Todestages ist der Reichsfreiherr von und zum Stein viel gefeiert worden. In der vorliegenden, gut ausgestatteten Broschüre wird besonders die Bedeutung des grossen Staatsmannes, seiner Gedanken und seines politischen Handelns für den modernen deutschen Staat gewürdigt.

Wer verteuert dir das Leben? — Was geht dich der Marxismus an? — Die Mutter entscheidet: Krieg oder Frieden. — Das sind die Titel von drei kleinen Schriften, die acht Seiten stark und mit einer schönen Umschlagzeichnung versehen, die die Sozialdemokratische Partei herausgibt. Sie wenden sich an die Arbeiterfrauen, um bei ihnen Verständnis für die Aufgaben der Sozialdemokratie zu wecken. Der Preis eines jeden Heftes beträgt 5 Pf.

Vorläufige Bestimmungen für Holztragwerke. Amtliche Ausgabe, dritte, berichtigte Auflage. Verlag von Wilhelm Ernst u. Sohn, Berlin W 8. Preis 1,40 Mk. — Das Heft enthält die Vorschriften der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft über die Beschaffenheit des Holzes bei der Lieferung für Brücken, Lehrgerüste

für Brücken aus Holz, Stein, Eisenbeton und Eisen und für wichtige Baugerüste. Der Inhalt gliedert sich in allgemeine Bedingungen für Lieferung, Abnahme und Aufstellung von Holztragwerken und in technische Vorschriften für das Entwerfen und Berechnen von Holztragwerken.

Gesundheit. Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Str. 137. — „Gefahren der Sommerzeit“ lautet die Gesamtüberschrift der Juli-Nummer, die eine Menge wertvoller Ratschläge enthält. Die „Gesundheit“ wird an den Schaltern der Krankenkassen meiftentlich abgegeben.

Zentralkrankenkasse der Tischler, Sitz Hamburg
Abrechnung der Hauptkasse für Juni 1931.
Versandte Zuschüsse 25 218,40 Mk.
Andere Ausgaben 8 098,06 Mk. 33 316,46 Mk.
Eingesandte Überschüsse 20 941,71 Mk.
Andere Einnahmen 5 655,31 Mk. 26 597,02 Mk.
Mehrausgaben 6 719,44 Mk.
Th. Malchow, Hauptkassierer.

Mitteilungsblatt Nr. 6 und die neuen Adressenverzeichnisse sind zum Versand gekommen. Nichtentgegen obiger Sendungen wolle man beim Vorstand melden. Der Vorstand.

Verantwortlicher Schriftleiter: M. Kayser, Berlin.
Druck und Verlag:
Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes
O. M. b. H., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2.

Hast du Ärger?

Weisst du keinen Rat bei deiner Arbeit in der Werkstatt?

Dann lies regelmässig das „Fachblatt für Holzarbeiter“

Das Juliheft bringt:

Mannigfaltigkeit im Einfachen / Woher stammt das Makassar-Ebenholz? / Über die Eigenschaften des Karbolins / Das Fachzeichnen des Drechslers / Nachforschungen für Krankenhäuser / Die bauliche Ausstattung von Wochenendhäusern / Etwas vom Blockhausbau / Neues für die Baufachleute / Das Anbringen von Schrankflüchsen und Aufsatzbändern / Aus der Modelltischlerei / Kehlmaschine, Zapfenscheid- und Schlitzmaschine / Normen für die einheitliche Darstellung im Tischlerfachzeichnen / Antworten auf Fragen aus der Praxis: Polieren mit der Schwabbel-scheibe, Auslaugen neuer Eichenflücher, Abdichten v. rahmenlosen Glasschiebetüren, Einbau von kleineren rahmenlosen Glasschiebetüren / Aus der Fachliteratur / Aus der Werkstatt für die Werkstätten: Das Anbringen von Tragleisten an Bettstellen, Das Bohren von Löchern in Glasschalen

Das Fachblatt erscheint monatlich und kostet vierteljährlich 3 Mark. Für Verbandsmitglieder, wenn Sie es durch die Verwaltungsstelle beziehen, kostet es 2 Mark

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, GmbH, Abteilung Buchhandlung / Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2

Original-süddeutsche Hobelbänke 74 Mark,
2 m hintere Blattlänge, Stahlspindel.
Werkzeug-Neuheiten.
Preisliste gratis und franko.
Otto Bergmann, Berlin-Lichterfelde-West.

Hobelbänke 65 RM
2 m lg., kompl., Stahlsp., la Qualität, Blatt beste ged. Rotb. Preis, gratis.
Karl Ramisch, Pirna, Artilleriekaserne 6

Gelegenheitskäufe!
Kreissägen 80 Mk., Bandsägen 220 Mk.
Abricht, 300 Mk., Dickenhobelmasch. von 275 Mk. an, Fräsmasch. 75 Mk., Hobelbänke und Zwingen, Motoren, Werkzeuge, Riemen, Reperat. spoth.
Willi Klinke, Berlin, Andreasstr. 32

Gummiwaren Hygienisch, Artikel Preisliste 0 gratis.
„Medicus“ Berlin SW 68, Alte Jakobstrasse 8.

Intarsien aller Art
Katalog gegen 50 Pf. in Briefmarken.
E. Billar, Heidelberg, Theaterstrasse 7.

Leim- u. Furnieröfen
v. 44, — Mk. an franko. Preis, kostenl.
Gebr. Bettinger, Freiburg i. B.

Tischlerfachschnle Blankenburg (Harz)
Staatskommissar Prof. Dr.-Ing. Klopfer. Ausbildung zum Werkmeister, Techniker, Innenarchitekten, Meisterkurse, Maschinenpraktikum für Serienfertiger. Priv. Leitung: Dir. Ludw. Reineking.

T 11



Josef Witt, Weiden-Oberpf.

Grösstes Webwaren-Spezialversandhaus der Art Europas mit eig. Webwaren-Fabriken und eig. Ausrüstungswerk.

2 500 Arbeiter und Angestellte,
31 472 Spindeln in eigener Spinnerei,
1 600 mechanische Webstühle in eigenen Webereien
700 Eisenbahn-Waggonladungen
Webwaren
sind im letzten Jahre bei mir eingetroffen!
900 000 Nachbestellungen
auf Waren haben mir meine alten Kunden in einem Jahre eingesandt
Der natürlichste Beweis der Güte u. Billigkeit

Ich erwarte auch Ihre Bestellung. Es ist Ihr Nutzen. Jetzt Abgabe an die Verbraucher wie untenstehend. Diese Preise haben nur solange Gültigkeit, bis ein neues Inserat mit anderen Preisen erscheint.
Bei Bestellung v. 15,— Mk. an erhalten Sie auf diese Preise

noch 5 Prozent Rabatt

Für diesen Rabatt erhalten Sie auf Wunsch eine brauchbare Schlafdecke mit kleinen unscheinbaren Fehlern

Nr.	Preise per Meter	Breite	Mk.
8	Weisses Hemdentuch, etwas leichte Gebrauchsware	70 cm per mtr.	0,20
9	Weisses Hemdentuch, sehr gute, mittelstarkfäd., dicht geschlossene Sorte	80 cm per mtr.	0,38
10	Vorhangstoff, sog. Gardinen, aus feinen Garnen mit echt indanthrenfarbig, schönen Streifmustern	70 cm per mtr.	0,18
11	Handtücher, schwere Strapazierqualität	40 cm per mtr.	0,28
12	Baumwolltuch, ungebleicht, mittelfeinfädige, haltbare Sorte	78 cm per mtr.	0,28
13	Baumwolltuch, ungebleicht, starke, fast unverwüstliche Qualität	78 cm per mtr.	0,38
14	Hemdenflanell, gute, haltbare, reissfeste Qualität, echt indanthrenfarbig gestreift	70 cm per mtr.	0,30
15	Hemdenflanell, echt indanthrenfarbig gestreift, ausserordentlich haltbare, fast unzerreissbare kräftige Qual., fast unverwüstl. im Gebrauch	75 cm per mtr.	0,40
16	Weisses Makotuch, feinfäd., sehr dicht geschloss., garantiert echt ägyptisch, für besonders feine Hemden u. Wäschestücke	80 cm per mtr.	0,50
17	Stuhltuch, auch Haustuch genannt, weiss, sehr dicht geschlossen, starke Qualität, für bessere strapazierbare Betttücher	150 cm per mtr.	1,15
18	Frotterhandtücher, aus gutem Kräuselstoff, mit schön, eingewebt. Mustern	Grösse 45x100 cm per Stück	0,70
19	Damentaschentücher, weiss m. Hohlraum, feinfädige, gute, sehr beliebte Qualität, 30x30 cm	per 1/2 Dutzend	0,70
20	Wischtücher, gute, beliebte Sorte, sehr strapazierbar.	per 1/2 Dutzend	0,70

Ungeheuer vorteilhaft!

21 Weisses Hemdentuch, mittelstarkfäd. geschloss., vorzügl. Qualität für sehr solide, besonders haltbare Wäschestücke. Weil dieses Tuch ohne Appretur hergestellt ist, wird dasselbe in der Wäsche statt leichter, noch dichter, 80 cm breit, Ausnahmepreis per mtr. nur 0,36

Bei Bestellung genügt Angabe der Nummer mit je der gewünschten Meter- od. Stückzahl

Abgabe von jedem Artikel bis 100 Meter bzw. bis 26 Dutzend an einen Kunden. Versand erfolgt per Nachnahme von 10,— Mk. an, portofreie Lieferung von 20,— Mk. an

Meine Garantie: Zurücknahme jeder Ware auf meine Kosten, welche trotz der Güte und Billigkeit nicht entsprechen sollte. Zurückzahlung des vollen, ausgelegten Betrages auch dann, wenn Sie nicht die vollste Überzeugung haben, dass Sie meine Waren unter Berücksichtigung der guten Qualitäten aussergewöhnlich günstig erhalten haben

Josef Witt, Weiden 392 Oberpf.

Webwaren — Fabrikation — Ausrüstung — Versand

WIR EMPFEHLEN:

2 moderne Vorlagenwerke

M. P. HANS HERZER:
Fünfzehn neue Küchen
M. P. HANS HERZER:
Fünfzehn Schlafzimmer der Gegenwart

Jedes Werk kostet 5 Mark / Organisationspreis 4 Mark

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, GmbH, Berlin SO 16 / Am Köllnischen Park 2

Radikaler Preisabbau!



Andere reden Wir beweisen durch unseren neuen Katalog. Zusendung kostenlos

Sigurd Gesellschaft Kassel 15

Tabellen für jedermann

Ein praktisches Nachschlagewerk für alle Fragen des täglichen Lebens VON ARTHUR WAGNER Was in dem Werk alles zusammengetragen ist, setzt in Erstaunen. Wer sich diese Tabellen anschafft, hat sein Geld nützlich angelegt.

Preis 1 Mark

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH, Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2

A. Weinsheimer

Die Intarsia

Ihre technische u. künstlerische Gestaltung und Anwendung
76 Abbildungen mit 125 Einzelmotiven, 2 farbige Tafeln
Preis 4,— Mk.
Organisationspreis 2,60 Mk.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, GmbH, Berlin SO 16, Am Kölln. Park 2

Wir empfehlen den vorwärtsstrebenden Tischlern

Werkkunst, Schreinerarbeiten als Beispiel

von Otto Karow
Mit 146 Abbild. / Preis Mk. 7,50

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarb.-Verbandes G.m.b.H. Berlin SO 16, Am Kölln. Park 2

MARKEN-KAMERAS / FELDSTECHER wie Voigtländer, Zeiss-Ikon, Agfa, Leitz, Nagel, Patent-Etui

NÜRNBERG B 12

mit 1/3 Anzahlung. Rest in 3 bis 6 Monatsraten ohne Aufschlag, über 20 Mark portofrei. — Tausch alter Apparate, kostenlose Fernberatung. Ständig günstige Gelegenheitskäufe am Lager

Fordern Sie die monatliche Gelegenheitsliste u.

200 seitigen Katalog Nr. 912 gratis

Meine Spezialität seit 1850

Qualitäts-Werkzeuge für Holzarbeiter

für Handgebrauch und Maschinenbetrieb, erstklassig, preiswert, handlich, volle Garantie. Zahlreiche freiwillige Anerkennungs-schreiben. Viele Nachbestellungen. Machen Sie einen Versuch. Katalog und Preisliste kostenlos.

WERKZEUGFABRIK M. HIESSINGER, NÜRNBERG

Sprechmaschinen-Laufwerke

zum Selbstbau, in Doppeldeckelgehäuse nur 11,50 Mark
Tonarme, Trichter, Schallköse und Fehler in grosser Auswahl sowie Regulator-, Tisch- und Wanduhren zum Selbstbau, nach Katalog, der gratis und franko versandt wird von Robert Husberg, Neuenrade (Westfalen) Nr. 10

Schöne weiße Zähne

Auch die schönste nicht verbleichen, wenn meine Zahncreme und meine Zahnpasta über die Zähne zu kommen. Die gesunde Zahncreme kann auch von Kindern benutzt werden. Sie ist in jeder Apotheke zu haben. Preis 1 Mark. C. Reichel, Gb.